

Ob 18



Wissenschaftliche Beilage
zum Programm des Königlichen Gymnasiums zu Graudenz.
Ostern 1911.

Staatsbürgerliche Erziehung am Gymnasium

von

Oberlehrer Dr. Hans Weber.



GRAUDENZ
Druckerei „Der Gesellige“
1911.

Stadtbibliothek
Chorn

AB:1492

Staatsbürgerliche Erziehung am Gymnasium.

Nach der Reichsgründung hat die Kultur der Deutschen eine entschiedene Wendung zum Materiellen hin genommen — Werte schaffen, so heisst die Forderung der Zeit, und sie meint damit solche, die sich in Zahlen ausdrücken lassen. — Man wird es an und für sich nicht bedauern, dass unser Volk, das in Zeiten grosser politischer Unfähigkeit und sehr bescheidener wirtschaftlicher Verhältnisse ein Geistesleben entwickelt hat, welches glänzend ragt zwischen den Leistungen der übrigen Völker, und das sich den Ehrennamen der Dichter und Denker erworben hat, — dass dieses Volk nun auch mit politischer und wirtschaftlicher Kraft in die erste Reihe der weltbestimmenden Nationen drängt. Man wird sich daran freuen, in der Hoffnung, dass auch die feineren Werte der Kultur darüber nicht zu Grunde gehen, dass der Materialismus nicht ganz von der deutschen Volksseele Besitz ergreift.

Entsprechend dieser Wandlung nach dem Tatsächlichen hin hat auch das Bildungsideal der öffentlichen Meinung eine Aenderung erfahren. Während dieses früher mehr wissenschaftlich-ästhetischer Natur war, wird es jetzt durch die Frage nach dem Nutzen und der Brauchbarkeit für das praktische Leben bestimmt. Der gesteigerte Kampf ums Dasein veranlasst die Menschen, nur Bildungsinhalte anzuerkennen, die in diesem Kampfe sichtbare Erfolge verbürgen. Die Fachausbildung soll möglichst früh einsetzen, damit der Kopf des Schülers nicht mit Dingen belastet werde, mit denen er „nichts anfangen“ kann. Der Typus des „Hungerpastors“ fängt an zu schwinden, und der zielbewusste Isidor Freudenstein wird das unbewusste Vorbild der Jugend. — Aus diesen Bestrebungen entspringen nun Vorwürfe gegen die Schule, weil diese nicht gewillt ist, sich von ihnen widerstandslos mitreissen zu lassen. Aber indem sie dies nicht tut, kämpft sie um das Beste in der deutschen Volksseele, um das Faustische, den Drang nach Wahrheit, nach Erkenntnis um ihrer selbst willen, um die Kraft, sich unabhängig von den äusseren Gütern des Lebens zu machen. Damit führt sie zugleich einen Kampf gegen die Tagelöhnerei, in die unser aller Leben auszuarten droht. Dieses Festhalten an dem Idealismus schliesst aber nicht aus, dass sich die Schule berechtigten Forderungen der Zeit nicht versagen darf. Das Leben des Volkes entwickelt neue Seiten und stellt der Schule neue Aufgaben. So bringt auch das politische Interesse, das immer weitere Kreise des Volkes ergreift, die Notwendigkeit mit sich, dem Schüler die Fähigkeit zu geben, sich später in den Fragen der Zeit zurechtzufinden, und gewisse Ueberzeugungen in ihm zu wecken und zu pflegen, die, wenn er ein Mann wird, in einem tätigen Interesse am öffentlichen Leben ihre Früchte tragen sollen. Das ist das Ziel der staatsbürgerlichen Erziehung.

Die Forderung staatsbürgerlicher Erziehung der Jugend hallt laut durch die Erörterungen über unser Schulwesen. Besonders lebhaft wird sie erhoben von Leuten, die ausserhalb der Schule stehen, und sehr oft wird sie mit den schwersten Vorwürfen gegen diese verbunden. Der Gymnasialabiturient stehe den Dingen des öffentlichen Lebens unwissender und urteilsloser gegenüber als der Handwerkslehrling. Derartige Behauptungen kann man nicht selten hören. Und es ist auch wohl manches in dieser Hinsicht gesündigt worden. Aber doch nicht so viel, wie Aussenstehende anzunehmen pflegen. Reformen pflegen oft zu schwarz zu malen, um ihrem lichtvollen Werke einen vorteilhaften Hintergrund zu geben. — Besonders unter den jüngeren Lehrern befindet sich eine grosse Anzahl mit starkem politischen Interesse, das in der Schule in einer massvollen politischen Propädeutik seinen Ausdruck findet. Aber die Arbeit der Schule vollzieht sich in der Stille, ihre Früchte reifen langsam, und der Erfolg tritt nicht auffällig und geräuschvoll zutage; und darum hört man heute noch Anklagen gegen die Schule, die vor 40 Jahren vielleicht berechtigt gewesen wären. Wenn

das, was im Folgenden ausgeführt wird, als Aufgabe staatsbürgerlicher Erziehung gelten kann, dann ist diese in Graudenz schon seit Jahren geübt worden.

Das Problem ist neu, und über Weg und Ziele stehen die Ansichten noch nicht fest. Sehr viel Anklang hat der Münchener Stadtschulrat Kerschensteiner mit seinen Vorschlägen und praktischen Versuchen gefunden.¹⁾ Er fasst die Aufgabe als eine wesentlich ethische auf: Die Fähigkeit der Unterordnung unter die Zwecke der Allgemeinheit, Selbstlosigkeit und Opferfreudigkeit gegenüber dem Ganzen. — Es ist das christliche Erziehungsideal auf das staatliche Leben angewandt. — Um den hierzu erforderlichen Gemeinsinn zu wecken, will er den Schüler in Organisationen und Arbeitsgemeinschaften stellen, denen eine gemeinsame Aufgabe gesetzt wird, an der jeder auf dem nach Massgabe seiner Kräfte bestimmten Platz mitzuwirken hat. Im physikalischen Unterricht etwa wird eine Klasse von 48 Knaben in Gruppen zu je vier geteilt. Jede Gruppe erhält ihre Aufgabe. Der erste Schüler der Gruppe übernimmt das Beobachten, der zweite kontrolliert den ersten. Der dritte rechnet und konstruiert, der vierte kontrolliert den dritten. Ist eine Beobachtungsreihe vorüber, so wechseln die Rollen. — Es ist keine Frage, dass durch solches Arbeiten die Fähigkeit des Einzelnen, sich in eine Organisation einzufügen und an einem gemeinsamen Zweck zu arbeiten gefördert und das persönliche Verantwortlichkeitsgefühl geweckt wird. Wenigstens das erste Ziel wird auch durch Schülervereinigungen zu sportlichen Zwecken erreicht. Es gehört Selbstzucht dazu, dass der einzelne etwa beim Fussballspiel seinen Platz hält und nicht in blindem Tatendrang dem Ball nachstürmt und so anstatt der Ordnung die Willkür im Spiel herrschen lässt.

Kerschensteiners Vorschläge gelten in der Hauptsache für die Fortbildungsschulen, und bei deren Aufgaben mögen sie ja segensreich sein. Für uns handelt es sich darum, wie weit sie sich auf den höheren Schulen verwirklichen lassen. Und da ist doch ihre Brauchbarkeit mit den angedeuteten Möglichkeiten erschöpft. Die Aufgabe der höheren Lehranstalten ist es, den Zögling in das Geistesleben einzuführen, und wie sich dessen Entwicklung durch die Leistungen einzelner Männer vollzogen hat, so muss auch der Schüler die kleinen Probleme, die ihm gestellt werden, allein bewältigen. Wie soll sich z. B. eine Arbeitsgemeinschaft in das Verständnis eines Schillerschen Dramas hineinfinden? In fast allen Zweigen unsers Unterrichts muss der Trieb nach „Arbeitsgemeinschaft“, der im Schüler sehr rege ist, energisch bekämpft werden.

Für die höhere Schule bleibt im wesentlichen doch nur der Weg der Unterweisung. Deren Aufgaben scheinen mir folgende zu sein: 1) Verständnis für das Wesen und die Bedeutung des Staates, sowie Kenntnis der hauptsächlichsten Tatsachen der Staatsverfassung und Staatsverwaltung; 2) Einführung in die wichtigsten Fragen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens; 3) eine nationale Gesinnung, die sich mit der Fähigkeit verbindet, die Dinge des öffentlichen Lebens vom Gesichtspunkt des Ganzen aus zu betrachten und zu beurteilen.

Es erhebt sich nun die Frage, welcher Platz der staatsbürgerlichen Erziehung in der Lehrverfassung unserer höheren Schulen einzuräumen ist. Besonders diejenigen, die in diesem Zweige des Unterrichts eine reformerische Neuerung sehen, fordern besondere Unterrichtsstunden. Aber diesem Verlangen nachzugeben ist kaum möglich und auch nicht nötig. Woher sollen die neuen Stunden genommen werden? Die Lehrer der Mathematik und der Naturwissenschaften würden es für eine Sünde am heiligen Geiste des modernen Schulbetriebs erklären, wenn man ihnen die Stundenzahl kürzte. Und die Vertreter der alten Sprachen, nach denen die Neuerer verlangend hinschielten, sind ebenso entschlossen wie jene, ihren Besitzstand zu verteidigen. Die Schwierigkeit, Zeit für den bürgerkundlichen Unterricht zu gewinnen, ist so gross, dass, wenn die Möglichkeit vorhanden ist das Ziel im Anschluss an die bestehenden Lehrfächer zu erreichen, diese Möglichkeit zur Notwendigkeit wird. Aber

¹⁾ G. Kerschensteiner, Grundfragen der Schulorganisation, Leipzig bei Teubner 1910. Dasselbst ist auch ein Vortrag von K. über staatsbürgerliche Erziehung erschienen.

diese ergibt sich auch aus der Natur der Sache: In verschiedenen Zeiten pflegen ähnliche historische Erscheinungen mit ähnlichen Ursachen und Wirkungen aufzutreten. Der Geschichtslehrer darf sich nun die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die Parallelen zu ziehen, um die eine Sache durch die andere im Gedächtnis des Schülers zu verankern und durch Ableitung des Typischen aus den Einzeltatsachen das Verständnis zu vertiefen. Dies gilt besonders für unsere Frage. Auch sind die zu behandelnden Dinge Ergebnisse der geschichtlichen Entwicklung und müssen deshalb in ihrem Entstehen und im historischen Zusammenhang gezeigt werden. Das trifft besonders für das 19. Jahrhundert zu, als dessen Resultat unser heutiges Leben, um dessen Verständnis es sich handelt, anzusehen ist. Der Geschichtslehrer, der seine Aufgabe richtig auffasst, würde also stets auf unsere Zeit hinweisen, d. h. Bürgerkunde treiben müssen. Und der Lehrer für Bürgerkunde müsste immer wieder auf die Geschichte zurückgreifen. Es würde ein unaufhörlicher Kompetenzkonflikt zwischen beiden entstehen.

Der staatsbürgerliche Unterricht hat also im Anschluss an den geschichtlichen stattzufinden. Nicht als ob es den übrigen Fachlehrern nicht gestattet sein sollte, an dem Ziele mitzuarbeiten. (Ich will nur daran erinnern, dass sich im Anschluss an die Gerichtsreden der Alten die wichtigsten Erscheinungen unserer Gerichtsverfassung zeigen lassen, dass im deutschen Unterricht sehr viel für die ethische Seite unserer Aufgabe getan werden kann ¹.) Aber diese Mitarbeit wird doch mehr zufällig bleiben. Die Verantwortung für den Gesamterfolg muss der Geschichtslehrer tragen.

Was die Verteilung des Stoffes angeht, so bin ich der Ansicht, dass die Klassen bis zur Obertertia ziemlich ausscheiden, wenn man auch ganz wichtigen und leicht verständlichen Fragen nicht ängstlich aus dem Wege zu gehen braucht. Auch in der Untersekunda wird man sich auf das Allernotwendigste beschränken, (vielleicht wird das eine oder andere etwas mehr hervorgehoben, weil in der folgenden Klasse darauf zurückgegriffen werden soll. ²). Die eingehende Behandlung setzt in Obersekunda mit der alten Geschichte ein.

Es kann nun der Einwand erhoben werden, dass durch diese neue Aufgabe das an und für sich schon grosse geschichtliche Pensum der oberen Klassen noch mehr belastet werde. In der Tat muss diesem Bedenken durch eine sorgfältige Auswahl des Stoffes Rechnung getragen werden. Der Schüler braucht nicht alles zu wissen, was im Lehrbuch steht. — Eine wichtige Fundgrube für unsere Frage ist die alte Geschichte. Die öffentlichen Verhältnisse des Altertums bieten eine Menge Analogien für unsere Zeit. Wer andere zu staatlicher Gesinnung erziehen will, wird mit Erfolg bei dem Volk in die Lehre gehen, für das der Mensch ein ζῶον πολιτικόν war; gar nicht zu reden von der Menge anspornender Vorbilder. — Das Mittelalter mit seinen durch das Lehnswesen bestimmten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen bietet wenig Lehrreiches für unsere Frage. Besonders der zweite Teil ist eine Wüste mit wenigen Oasen, die man ohne viel zu versäumen, schnell durchheilen kann. Auch auf die Reichsreformprojekte im Beginn der Neuzeit braucht man wenig Wert zu legen, weil sie so ergebnislos waren. Die wichtigste Epoche ist die Neuzeit und in dieser wieder das letzte Jahrhundert. Bei einer sorgfältigen Sichtung des geschichtlichen Stoffes kann das Ziel erreicht werden, ohne dass die übrigen Aufgaben des historischen Unterrichtes darunter leiden. Es gibt Geschichtslehrer, die ihren Schülern einen Ueberblick über die Entwicklung der Kunst geben, ohne andere Fragen zu vernachlässigen. Warum sollte dies nicht möglich sein bei Dingen, die viel weniger abseits vom Wege liegen und oft den wichtigsten Inhalt der Geschichte ausmachen?

Der Staat.

Es handelt sich weniger darum, dem Schüler eine scharfe Definition zu geben als ihm die Äusserungen des staatlichen Lebens zu zeigen. Auch braucht man nicht danach zu streben, möglichst bald ein fertiges Bild zu erhalten, sondern es werden, wie es gerade

¹) S. 8; ²) S. 16.

die Gelegenheit mit sich bringt, nach und nach Bausteine gewonnen und zusammengetragen, die sich mit der fortschreitenden Betrachtung zum Ganzen fügen. Die einzelnen Punkte, die hier der Übersicht wegen nach einander behandelt werden, werden im Unterricht gleichzeitig besprochen.

Was fordert der Staat von seinen Bürgern, und was leistet er ihnen? Diese Frage zeigt einen Weg, auf dem der Schüler zur Erkenntnis von der Bedeutung des Staates gelangt. Er kommt leicht auf die beiden Hauptpflichten des Bürgers: Steuern zahlen und Soldat sein. Das ist das Recht des Staates auf Leben und Besitz seiner Angehörigen. — Wie weit geht dieses? Es ist unbeschränkt, der Staat ist allmächtig. (Es kann hier an Treitschkes Definition erinnert werden: Der Staat ist Macht.) Der Hinweis, dass in einem Kriege Zehntausende geopfert werden, die Erinnerung an die gewaltige Anspannung der Steuerkraft der Bürger im siebenjährigen Krieg u. ä. bekräftigt diese Tatsache leicht und schnell.

Zur Erläuterung der staatlichen Allgewalt bietet die griechische Geschichte ein treffliches Beispiel: Sparta. Denn nirgends hat der Staatsgedanke eine so starke Ausprägung gefunden, nirgends ist das gesamte Leben der Bürger den staatlichen Zwecken in dem Masse dienstbar gemacht worden wie hier: Der Spartiate war Soldat und nichts anders. Erziehung und Leben des Einzelnen waren nach diesem Gesichtspunkt vom Staate geregelt. An der Hand des Lehrbuches werden die militärischen Pflichten festgestellt:¹⁾ das Kind, das nicht gesund war, wurde ausgesetzt. Der Knabe wurde mit 7 Jahren der Familie genommen und erhielt von staatswegen eine militärische Erziehung, die bis zum 30. Lebensjahre dauerte. Als Mann musste er an den gemeinsamen Mahlzeiten teilnehmen. Die erwerbliche Tätigkeit beschränkte sich auf die Bewirtschaftung des vom Staate zugeteilten Ackerloses. Als Ziel der Erziehung galten wesentlich kriegerische Tugenden: Körperliche Tüchtigkeit, Tapferkeit, Unterordnung und Gehorsam. Ein Vergleich mit den militärischen Pflichten eines deutschen Staatsbürgers vermittelt dem Schüler 1. die Kenntnis unserer Wehrverfassung und zeigt 2. eine weniger ausgebildete Staatsgewalt auf dem Hintergrunde einer ausserordentlich stark ausgeprägten. Der spartanische Staat bestimmt den Beruf und die Erwerbstätigkeit seiner Bürger; er löst das Familienleben auf, dadurch dass er die Erziehung der Knaben in die Hand nimmt und die Männer in Kasinos zu speisen zwingt. Der moderne Staat enthält sich des Eingriffes in das Familienleben; er lässt seinen Bürgern die Freiheit der Berufswahl und des Erwerbs und entzieht sie nur auf kurze Zeit ihrer privaten Beschäftigung. Theoretisch fordert er in militärischer Hinsicht genau so viel wie der spartanische, praktisch aber viel weniger. (Dass der militärische Zuschnitt des ganzen staatlichen und privaten Lebens in Sparta grosse Individualitäten nicht aufkommen liess und dadurch eine hohe Geisteskultur unmöglich machte, muss dem Schüler gezeigt werden, gehört aber hier nicht zur Sache.)

Num wird die Frage erörtert, warum Sparta so gewaltige Opfer von seinen Bürgern fordern musste, dass darüber alle Kulturinteressen verkümmerten, warum Deutschland zwar nicht so grosse, aber immerhin beträchtliche Leistungen verlangt, und warum etwa England die allgemeine Wehrpflicht überhaupt nicht hat. Damit kommen wir auf den Gedanken der staatlichen Notwendigkeit: In Lakedämon musste eine wenig zahlreiche Herrenkaste die unterworfenen Metöken und Heloten im Zaume halten. Es bestand ein latenter Kriegszustand zwischen dem Herrenvolk und der geknechteten Masse. — Deutschland hat sechs kontinentale Nachbarländer, gegen die es stark sein muss. England kann zu Lande überhaupt nicht angegriffen werden. Deshalb braucht es nicht von seinen Bürgern zu fordern, dass sie selbst mit der Waffe dienen. Der Gedanke lässt sich noch weiter durch geschichtliche Beispiele vertiefen; es kann an die gewaltigen Opfer des Friderizianischen Staates erinnert werden, oder an die Tatsache, dass 1813 das

¹⁾ Das treffliche Lehrbuch von Bretschneider bringt im Wesentlichen den für unsere Frage erforderlichen Stoff.

kleine preussische Volk 270000 Bewaffnete aufbrachte. (Auf 17 Einwohner einen.) Als bezeichnendstes Beispiel für die staatliche Allgewalt aus der Jetztzeit kann das Enteignungsrecht dienen. Aus solchen Dingen wird der Schüler erkennen, dass die Selbstbehauptung der höchste Zweck des Staates ist und dass das staatliche Wohl, und nichts anders der Massstab für die bürgerlichen Pflichten bildet. Er sieht auch ein, dass die Dinge des öffentlichen Lebens nicht vom Augenblickswohl des Einzelnen, sondern vom dauernden Interesse der Gesamtheit aus beurteilt werden müssen. Sehr oft zeigt sich das Grosse in der Geschichte der Völker in der Fähigkeit, Gut und Blut des Bürgers gering zu achten gegenüber dem Wohle des Staates.

Damit der Schüler reif wird für solche Gedanken, muss er ihre sittlichen Grundlagen verstehen lernen. Es muss ihm gezeigt werden, dass das Leben des Einzelnen seine Wurzeln in dem des Staates hat, dass der Staat das Haus ist, das sich das Volk geschaffen hat, um darin zu leben, dass er den Rahmen für die Kultur eines Volkes bildet. — Zur Erläuterung dessen, kann etwa gefragt werden, wann der junge Deutsche zum erstenmal aktiv einer Pflicht gegen den Staat genügt. Es erfolgt die Antwort, dass dies mit dem Eintritt in die Schule geschieht. Die Schulpflicht wird festgestellt und zugleich daran erinnert, dass der Obersekundaner bereits 17 Jahre alt ist, dass er also dem Schulzwang nicht mehr untersteht. Die Frage, ob er sich selbst eine solche Bildungsmöglichkeit schaffen könnte, wie sie ihm das Gymnasium bietet, führt ihn zu der Erkenntnis, dass der Staat hier nur Opfer bringt. Eine Frage nach den Lebensplänen des einen oder andern leitet den Blick auf die Universitäten und sonstigen Hochschulen mit ihren kostspieligen Lehrmitteln, und dabei ist es leicht zu zeigen, dass ein so hoch entwickeltes Bildungswesen wie das preussische nur auf staatlicher Grundlage und nur mit den Mitteln des Staates möglich ist. Der Schüler fühlt sich zum erstenmal als Glied des Ganzen und sieht, dass das Lebensziel, das er sich gesteckt hat, nur auf Wegen erreicht werden kann, die der Staat gebahnt hat. — Damit ist er zugleich mit einer wichtigen Seite des öffentlichen Lebens bekannt geworden, und es wird der Mann genannt, dem die Fürsorge und die Verantwortung für das Bildungswesen obliegt: Der Kultusminister.

Bei der Besprechung der Wehrverfassung ist der Schutz gegen äussere Feinde erwähnt worden. Die Frage ist besonders geeignet zur Abwägung von Leistung und Gegenleistung, zum Beweis dafür, dass der Bürger seine Opfer nicht einem Fremden bringt, sondern sich und den Seinen. Die unglaublichen Drangsale der napoleonischen Kriege erläutern dies. Im Zusammenhang damit wird der Schutz des Lebens und des Eigentums erwähnt. Die Frage: Wo werden in unsrer Stadt Verletzungen an Leib, Ehre und Vermögen der Bürger geahndet, macht die Sache anschaulich. Wer verfolgt als Beauftragter des Staates Vergehen und Verbrechen gegen den Bürger? — Damit haben wir in der Rechtspflege eine neue Seite der Kultur. Der Justizminister wird erwähnt.

Der Schüler kommt leicht darauf, dass unsere Verkehrsmittel, Eisenbahnen, Heerstrassen, Kanäle, Schöpfungen des Staates und in ihrem gewaltigen Umfang nur möglich sind durch ihn.

Warum sind Sie geimpft worden? Diese Frage zeigt die Bedeutung des Staates für die öffentliche Gesundheitspflege. Die Erwähnung des schwarzen Todes im Mittelalter mit seinen grausigen Folgen und der Tatsache, dass es in den neunziger Jahren der Gesundheitspolizei gelungen ist, die Cholera auf Hamburg zu beschränken, ferner die erfolgreiche Bekämpfung dieser Krankheit an verschiedenen Orten im letzten Jahr erläutern die Bedeutung der staatlichen Tätigkeit. Die überraschende Frage: Was hat ein Kreisarzt für Pflichten? bringt eine nähere Ausführung des gewonnenen Umrisses. Auch dass bei der Erörterung dieser Dinge die böse Polizei, in welcher der Normalbürger eine feindliche Gewalt zu sehen geneigt ist, zu einer gerechten Beurteilung kommt, muss als ein Vorteil gelten.

Die Erörterung dieser Fragen braucht nicht erschöpfend zu sein; sie soll nur Verständnis erwecken und den Schüler anregen, über das, was er sieht, nachzudenken. Wenn

er die Grundgedanken erkannt hat, wird er neue Tatsachen, die ihm entgegentreten, selbst einreihen. In je weiterem Umfang er dies vermag, um so besser ist der Erfolg. Manche Frage wird auch zur Seite gestellt, bis der Geschichtsunterricht eine geeignetere Gelegenheit zu ihrer Besprechung bietet, wie z. B. die soziale Fürsorge und die Förderung des wirtschaftlichen Lebens durch den Staat.

Die Erkenntnis der an den Tatsachen des öffentlichen Lebens gezeigten Abhängigkeit des Bürgers von dem Staatswohl kann eine Vertiefung erfahren durch die Erwähnung der kulturhistorischen Gedichte Schillers, in denen wir ähnliche Gedanken in poetisch-philosophischer Gestaltung finden. Die in Betracht kommenden Gedichte, das Eleusische Fest, die Glocke, der Spaziergang, können in Unter- und Obersekunda gelesen werden und bieten eine willkommene Ergänzung für unsern Gegenstand. Der Dichter geht von dem Grundgedanken aus, dass die Sesshaftigkeit und das Zusammenleben den Anfang und die Grundlage aller materiellen und geistigen Kultur bilden. Der starke Zug des wirtschaftlichen Lebens, wie er nur in dem konzentrierten Stadtleben möglich ist, wird besonders lebhaft im Spaziergang geschildert. Wichtiger als dieses aber ist die sittliche Wirkung. Das dichte Zusammenwohnen zwingt zur Rücksichtnahme, und aus dem Bedürfnis, in dauernder Sicherheit zu leben, entwickeln sich die Gesetze, und diese erhalten eine Steigerung und Verfeinerung in der Sitte. Sie ist die schönste Frucht des Gemeinwesens. Durch sie ist der Mensch gebunden und durch sie ist er wiederum frei, da er sich zur Sitte aus freiem Entschluss bekennt, weil sie die Verallgemeinerung dessen ist, was er für Recht hält, was in seiner Brust als Rechtsbewusstsein lebt. Die Erkenntnis, dass die staatliche Gemeinschaft Grundlage und Schutz der Sitte und der Ordnung ist, erfüllt den einzelnen mit stolzer Dankbarkeit, und es erwächst der Bürgersinn,

Tausend Hände belebt ein Geist, hoch schläget in tausend
Brüsten, von einem Gefühl glühend, ein einziges Herz,
Schlägt für das Vaterland und glüht für der Ahnen Gesetze.

Diese Liebe befähigt den Menschen zur höchsten Tat, zur Selbstaufopferung, und dies „meldet der rührende Stein“.

Diese Betrachtungen werden die Darstellung der fortschreitenden Ereignisse der Geschichte für einige Stunden unterbrechen, aber es ist notwendig, dass der Schüler möglichst frühzeitig eine Vorstellung von der Bedeutung des Staates erhält. Im weiteren Verlauf der geschichtlichen Entwicklung wird jede Gelegenheit benutzt, die unsere Frage fördern und von einer anderen Seite beleuchten kann.

Die athenische Verfassung bietet uns Anlass, auf den Unterschied zwischen Staat und Staatsregierung hinzuweisen. In einem monarchischen Staatswesen, wo die Beamten auf Lebenszeit angestellt werden, wo sich die politische Betätigung vieler darauf beschränkt, alle 5 Jahre einen Stimmzettel abzugeben, vierteljährlich die Steuern zu bezahlen und von Zeit zu Zeit von einer Polizeiverordnung Kenntnis zu nehmen, kann leicht die irrtümliche Meinung aufkommen, als ob Regierung und Staat identisch seien. Und ein Gefühl der Gegensätzlichkeit, das sich im Räsionieren Ausdruck verschafft, ist die Folge. — Dagegen springt es klar in die Augen, wer der Träger der staatlichen Gewalt ist, wenn wir sehen, dass die Beamten jedes Jahr oder in bestimmten Zeiträumen ihre Befugnisse vom Volke erhalten und diese nach Ablauf der Amtszeit wieder in die Hände des Auftraggebers zurücklegen. Nun kann die Frage: Wer ist Träger der staatlichen Gewalt? auf unsern preussischen Staat angewandt werden. Dazu die Hilfsfrage: Wodurch werden die Verhältnisse des öffentlichen Lebens geregelt und besonders Störungen desselben verhindert? Der Schüler erkennt nun im Gesetzgeber die Verkörperung der Staatsgewalt. Wer ist in Athen Gesetzgeber? Wer in Preussen? Mit der Antwort auf diese Frage wird der konstitutionelle Staat erwähnt mit seiner Teilung der Staatsgewalt zwischen Monarch und Volk.

Die beiden grossen Kulturvölker des Altertums haben staatliche Gemeinwesen hervorgebracht, die als modern bezeichnet werden können. Das Mittelalter hat den Staatsgedanken wieder zerfallen lassen. Denn die das öffentliche Leben beherrschende Verfassungsform, das

Lehnswesen, hat die staatliche Gewalt zum Teil aufgelöst und ein Durcheinanderfließen staatlicher und privater Befugnisse bewirkt. Die Beobachtung dieses Prozesses trägt nicht wenig zur Förderung unserer Frage bei. Die Macht, die dem Lehnsman als Beamten übertragen worden ist, wird zum erblichen Recht. Das Lehen, das ihm, wie dem heutigen Beamten das Gehalt, als Entgelt für seine Dienste übergeben worden ist, wird erblicher Besitz. Die Leistungen, die zur Zeit der starken Königsgewalt Untertanen- und Bürgerpflichten waren, gelten später als Ausfluss des guten Willens der zu Landesfürsten gewordenen Lehnsleute und kommen durch Abrede zwischen diesen und dem König zustande. Der Lehnsman, der früher die Gerichtsbarkeit im Namen des Königs geübt hat, ist jetzt höchste Rechtsquelle. Die Streitkräfte, die er dem Reiche stellt, sind seine Truppen. So wird das Königtum aller tatsächlichen Gewalt entkleidet und sinkt zum Namenkönigtum herab. Der Deutsche Staat ist aufgelöst. — Auf diesem Trümmerfeld beginnen nun wieder die mächtigsten Lehnsleute die staatlichen Befugnisse in die Hand zu nehmen, indem sie sich nach oben völlig selbständig machen und nach unten die reichsunmittelbaren Herrn ihres Machtbereichs in ihr Staatswesen hineinzingen. (Der Götz von Berlichingen spielt auf dem Hintergrunde solcher Kämpfe.) Die staatlichen Machtmittel zurückgewonnen und den Staatsgedanken von neuem „stabilisiert“ zu haben, darin liegt zum grossen Teil die Bedeutung des Absolutismus. Die Mittel hierzu können an der Regierung des Grossen Kurfürsten, Ludwigs XIV. und Friedrich Wilhelms I. gezeigt werden. Jener macht sich durch die Schöpfung des stehenden Heeres militärisch, und durch die Einführung einer beständigen Steuer finanziell von seinen Ständen abhängig. Dieser nimmt mit der niederen Gerichtsbarkeit den Rittergütern die letzten Reste der staatlichen Befugnisse. An Stelle des erblichen Gutsbesitzers tritt der Beamte als Vertreter der Königlichen Gewalt, der ein- und absetzbar ist und mit Geld besoldet wird. Und nun erhält die staatliche Allgewalt wieder eine so ausserordentlich starke Ausprägung wie im Altertum. *L'état c'est moi* gilt ebenso vom Sonnenkönig wie von der spartanischen Aristokratie wie vom athenischen Demos. Durch die Nebeneinanderstellung der gewaltigen Leistungen der reichen Athener in den Choregien und Liturgien, durch welche ihnen das souveräne Volk ihren Besitz zu einer Quelle grossen Kummers machte, und der starken finanziellen Inanspruchnahme der Völker durch die absoluten Herrscher wird diese Tatsache unterstrichen. Dieser Vergleich führt auch zu der Erkenntnis, dass der Staat nicht mit irgend einer Verfassungsform identisch ist und dass die verschiedensten Staatsformen imstande sind Kulturarbeit zu leisten.

Neben den Wirkungen der Lehnsvorfassung auf die staatliche Gewalt muss in der mittelalterlichen Geschichte noch ein anderer Versuch, diese zu durchkreuzen, erwähnt werden: Der Kampf der Kirche mit dem deutschen Kaisertum. Diese Frage führt den Schüler zugleich in das Verständnis eines der wichtigsten Probleme unserer Zeit ein. Den Ausgangspunkt bildet die Reichsverfassung Ottos des Grossen. Dieser machte die geistlichen Fürsten zu Trägern der Reichsverwaltung, d. h. zu Beamten. Demzufolge richtete er in dem Kolonialland an der Elbe, um ihm eine politische Organisation zu geben, das Erzbistum Magdeburg ein und gab ihm eine Anzahl von Suffraganen (darunter Merseburg und Erfurt). Waren aber die Geistlichen Reichsbeamte, dann musste der weltliche Staat, d. h. in unserm Falle der Kaiser, das unbedingte Verfügungsrecht über sie haben. Dieser Zustand hat etwa 100 Jahre gedauert. — Die Frage: Welche Gefahren bringt die Abhängigkeit der Geistlichen von einer weltlichen Gewalt für den Priesterstand? führt auf den Widerspruch der Kirche gegen den Anspruch des Kaisers, die Bischöfe zu ernennen. Sie verlangt ihrerseits das Recht, ihre Diener einzusetzen. Der Kaiser dagegen kann es nicht dulden, dass eine auswärtige Macht bei der Einsetzung seiner Beamten Einfluss ausüben will, weil das eine Durchbrechung der staatlichen Gewalt bedeutet. Der Erzbischof von Magdeburg hatte in Ottos Staat mutatis mutandis die Bedeutung wie in Preussen der Oberpräsident von Westpreussen. Was würde es heissen, wenn eine auswärtige Macht auf die Besetzung dieses Postens Anspruch erhöbe? Der Streit entspringt also aus der Doppelstellung der Geistlichen als staatliche Beamte und Seelsorger. Der Gedanke der staatlichen Machtvollkommenheit und der internationale Charakter der Kirche führen zum Kulturkampf.

Setzt man den Schülern die Streitpunkte in das richtige Licht und lässt sie dann über die Möglichkeit einer Lösung nachdenken, dann werden viele finden, dass diese durch eine Trennung des weltlichen und geistlichen Charakters der Kleriker möglich ist. Tatsächlich hat Kaiser Heinrich V. im Jahre 1111 den Papst zu einem Konkordat gezwungen, nach dem die Geistlichen auf weltlichen Besitz, Macht und Würden verzichten sollten, wogegen er der Kirche die Einsetzung der Kleriker zugestand. Auf demselben Wege setzt sich heute die französische Republik mit der römischen Kurie auseinander, indem sie Kirche und Staat trennt, die Gemeinden als Privatvereine erklärt und die Geistlichen als deren Vorsitzende, die ihre Besoldung aus freiwilligen Beiträgen der Vereinsmitglieder (dem Kultuspennig) beziehen und die mit dem Staate durchaus nichts zu tun haben. — Der eine oder andere Schüler weiss auf eine entsprechende Frage zu antworten, dass der französische Staat seinen Kampf besonders gegen die geistlichen Schulen richtet und dass die Kirche hier den hartnäckigsten Widerstand leistet. Auch hiermit ist ein wichtiges Problem unserer Zeit angeschnitten, die geistliche Schulaufsicht. — Warum kann die Kirche nicht auf ihren Einfluss in der Schule verzichten? Diese Frage beantworten die meisten Schüler richtig. Der Streit um die Lehrbücher, der gegenwärtig in Frankreich durchgeföhrt wird, ist geeignet, das Verständnis für diese Sache zu vertiefen. Ebenso werden einige sagen können, was eine konfessionelle und eine Simultanschule ist und welche politischen Parteien die eine, welche die andere wollen.

Die Beilegung des Kirchenstreites durch das Wormser Konkordat macht den Schüler neugierig, wie die Bischofswahl heute geregelt ist. Es ist dabei hervorzuheben, dass dies nicht auf dem Wege staatlicher Gesetzgebung, sondern durch Vertrag geschehen ist und dass mit dem Rechte der Kirche, bei der Besetzung mitzusprechen, die Staatsgewalt durchbrochen ist. Zum Beweise dafür, dass sich auch heute zuweilen die staatlichen und kirchlichen Interessen kreuzen, kann die Posener Sedisvakanz angeführt werden, die ihren Grund darin hat, dass die preussische Regierung keinen Mann auf dem Gnesener Erzstuhl dulden darf, an dem staatsfeindliche Bestrebungen der nichtdeutschen Bevölkerung eine Stütze finden könnten und dass die Kurie die Wünsche der katholischen Polen berücksichtigen zu müssen glaubt. — Der Antimodernisteneid ist das neueste Glied in der Reihe staatlich-kirchlicher Beziehungen, das zum Konflikt führen kann. Auch hier liegt der Grund in dem Doppelcharakter der Theologieprofessoren und Religionslehrer als Staatsbeamte und Diener der Kirche. Die Frage ist ausserordentlich lehrreich für das Problem, aber ihre Behandlung ist schwierig und erfordert deshalb viel Takt. Nur wenn dieser vorhanden ist, darf sie überhaupt angeschnitten werden.

Alle diese Dinge können bei der Behandlung des mittelalterlichen Kirchenstreites besprochen werden. Die Einrichtung der Landeskirchen zur Reformationszeit fordert eine wiederholende Erörterung, und Bismarcks Kulturkampf bietet Gelegenheit zu einer abschliessenden Betrachtung.

Der Ton und die ganze Art des Unterrichts, der sich mit dieser Jahrhunderte alten Frage befasst, muss derart sein, dass der Schüler die Ueberzeugung gewinnt, dass es sich hier um einen Gegensatz der Weltanschauung handelt und dass Schnellfertigkeit des Urteils durchaus nicht am Platz ist.

Die Staatsverfassung.

Die alte Geschichte hat oft Gelegenheit geboten, Tatsachen unseres heutigen staatlichen Lebens zu erwähnen und ähnliche Einrichtungen des Altertums und der Neuzeit zum Vergleich nebeneinanderzustellen. Die erschöpfende Behandlung unserer Verfassung, die mit der Zeit ihrer Entstehung zu geschehen hat, findet also schon viel Bekanntes vor, findet vor allem das Verständnis vorbereitet; sie kann sich also in vielem auf eine Wiederholung und Gruppierung bekannter Dinge beschränken. Hauptaufgabe des Unterrichts ist es nun, die

Bedingungen zu zeigen, unter denen die staatlichen Einrichtungen erwachsen sind, damit der Schüler lernt, in ihnen die Befriedigung nationaler Bedürfnisse, nicht willkürliche Schöpfungen zu sehen. Es ist Sache der pädagogischen Kunst des Lehrers mit dem Verständnis für jene Bedürfnisse zugleich das Mitempfinden für die Bestrebungen der betreffenden Zeit im Schüler zu wecken.

Den Ausgangspunkt der Entwicklung unseres heutigen Verfassungsstaates bilden die Reformen, die auf das Unglück von 1806/07 folgten. Das Bürgertum wird zum Träger des politischen Lebens, das bis dahin durch die Fürsten und eine sehr dünne Schicht des Volkskörpers, den Adel, bestimmt worden ist. — Die europäischen Staaten mit ihren Kabinettsregierungen und ihren Söldnerheeren waren den elementaren Kräften, welche die Revolution im französischen Volke entfesselt hatte, erlegen. — Woraus bestanden die französischen Heere? Wer hat die Schlacht bei Salamis geschlagen? Was für Leute lagen auf den Gefilden von Kannä? Wer hat Sedan gewonnen? — Wem war das Schicksal Preussens in der grössten Katastrophe, die es je getroffen hat, anvertraut? Der Schüler empfindet es bei der Beantwortung dieser Fragen missmutig als ein Unglück, dass die Masse der Bürger tatenlos, (anfangs sogar zum Teil mit einer gewissen Schadenfreude über das Zusammenbrechen des Junkertums) zur Seite stand, als sein Staat von einem fremden Volke in Trümmer geschlagen wurde.

Die Schilderung der nun folgenden unsäglichen Leiden und Kränkungen der Preussen, (zu der sich der Lehrer die Stimmung etwa aus Treitschkes Darstellung holen muss), steigert dieses Gefühl, steigert das Interesse zum Mitempfinden und erweckt die Erwartung, dass die Regierung dem Volke die Waffen in die Hand geben werde, um sein Bestes zu verteidigen. Damit ist das Verständnis für die sittliche Bedeutung von Scharnhorsts Werk erreicht.

Welches wichtigste Recht entspricht heute der Pflicht des Bürgers, Soldat zu sein? Diese Frage, die wahrscheinlich erst nach einigen Hilfsfragen beantwortet wird, führt auf das Korrelat der allgemeinen Wehrpflicht, auf das Recht der Mitbestimmung bei der Gestaltung des staatlichen Lebens. — Es wird noch einmal auf den Absolutismus hingewiesen, unter dem sich das politische Leben ganz an der Oberfläche des Volkskörpers abspielte; an das athenische Volk, bei dem das politische Interesse bis in die tiefsten Schichten hinabreichte; an die französische Revolution, in der ein politisch noch unreifes Volk sein Schicksal gewaltsam in die Hand nahm und dies mit unerhörten Greueln und masslosem Unglück büssen musste. Mit Bezugnahme auf den Tell, Don Carlos, Egmont wird festgestellt, dass das politische Ideal der gebildeten Deutschen schon lange vor 1806 im Gegensatz stand zu den tatsächlichen Verhältnissen. Der missglückte Versuch des französischen Volkes nach politischer Selbstbestimmung, welcher mit der Militärmonarchie Napoleons endigte, ist besonders geeignet, die Absichten Steins ins rechte Licht zu setzen. Dieser wollte das Volk zuerst politisch erziehen, indem er in der Städteordnung dem Bürgertum die Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten überliess, um ihm später in einem Parlament Einfluss auf die staatlichen zu gewähren. Diese Städteordnung bedarf einer eingehenden Behandlung teils wegen ihrer eigenen Wichtigkeit, teils deshalb, weil sie zu einer Anzahl lehrreicher Ausblicke auf die staatlichen Verhältnisse einlädt, da ja in Stadt und Staat ähnliche Bedürfnisse ähnliche Einrichtungen zur Folge haben.

Vielleicht empfiehlt es sich hierbei durch einen Sprung mitten in die Materie hineinzukommen und von dort zu versuchen, Uebersicht zu gewinnen und Ordnung zu erkennen. (Eine Menge von Tatsachen ist dem Schüler bekannt; er ordnet sie selbst auf entsprechende Fragen hin und hat am Ende den Eindruck, dass er die Hauptarbeit geleistet habe.) Die Stadt braucht Geld! Wozu? — Zur Besoldung ihrer Beamten. Zur Unterhaltung der Schulen. Zur Herstellung ordentlichen Strassenpflasters. Zur Unterhaltung eines Krankenhauses. Als Theaterbeihilfe u. s. w. — Woher nimmt sie das Geld? — Aus den Steuern der Bürger. Aus den Ueberschüssen der Gas- und Elektrizitätswerke, der Strassenbahn. Aus der Verpachtung städtischer Besitzungen. — Nun wird der Schüler gefragt, wie er am

besten mit seinem wöchentlichen Taschengeld auskommt: Indem er am Anfang jeder Woche seine nötigen Ausgaben zusammenstellt und diese mit den zur Verfügung stehenden Mitteln in Einklang bringt. Die Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben heisst Haushaltsplan oder Etat. Wann wird er aufgestellt? Und von wem? — So sind wir bei dem Stadtkämmerer angelangt. — Nun werden dieselben Fragen auf das weitere Gemeinwesen, auf den Staat angewandt. Als wichtigste Einnahmequellen findet auch hier der Schüler Steuern, Zölle, Eisenbahnen, Bergwerke, Domänen. Als Ausgaben: Besoldung der Beamten, Unterhaltung der Verkehrsmittel, Aufwendung für das Schulwesen. Damit ist ein Umriss für die Aufgaben des Finanzministers gewonnen. (Um eine annähernde Vorstellung zu geben, zeigt man dem Schüler wohl den Teil des preussischen Etats, der den staatlichen Schulen jährlich zugestellt wird.)

Nun wird nach anderen Zweigen der städtischen Verwaltung gefragt, die Magistratspersonen werden aufgezählt und der Magistrat schliesslich als Stadtregierung bezeichnet. Neben den städtischen Dezernten werden die preussischen Ministerien genannt. Der Bürgermeister erinnert an den Ministerpräsidenten, der Polizeiverwalter an den Minister des Innern, der Dezernt für das städtische Bauwesen an den Minister für die öffentlichen Arbeiten. Die noch fehlenden werden durch Fragen oder Angaben des Lehrers festgestellt. Auch die Bedeutung des Staates kann bei der Erwähnung der Ministerien eine neue Beleuchtung erfahren: Welches sind die wichtigsten Seiten unserer Kultur? Die materielle und die geistige. Der Beamte, dem die Fürsorge für das geistige Leben obliegt, der Kultusminister ist schon erwähnt worden. Nennen Sie Zweige unserer materiellen Kultur: Landwirtschaft, Industrie, Handel. Die betreffenden Minister werden erwähnt. Auf die Frage, welche öffentlichen Einrichtungen diesen Zweigen unsers wirtschaftlichen Lebens dienen und wer für sie verantwortlich ist, werden die Verkehrsmittel und der Eisenbahnminister genannt. Aus alledem erkennt der Schüler, dass der Staat der Rahmen ist, in dem sich die Kultur eines Volkes im wesentlichen abspielt und dass seine Organe deren Förderung dienen.

Wir kehren zur Stadtverwaltung zurück und gehen wieder von der Geldfrage aus. Wer bewilligt dem Magistrat das Geld, etwa zu einem städtischen Neubau? In wessen Händen liegt die Entscheidung über die städtischen Angelegenheiten? — Wo bringt die Bürgerschaft ihren Willen zum Ausdruck? Sind diese Fragen beantwortet, dann wird als das wichtigste Recht der Stadtverordnetenversammlung die Geldbewilligung genannt und als das Grundrecht eines jeden Parlamentes hervorgehoben. Diese Tatsache wird im Gedächtnis des Schülers fester verankert, wenn er hört, dass Geldnot der Grund zur Berufung der états généraux bildete und dass 1847 die preussische Regierung den vereinigten Landtag berief, um sich das Geld zur Ostbahn bewilligen zu lassen und dass die erste Aufgabe jedes Parlamentes in jedem Jahr die Beratung und Bewilligung des Etats ist. Den Grund für das Geldbewilligungsrecht der Volksvertretungen findet der Schüler selbst in dem Bedürfnis eines jeden, der zahlen soll, auch über die Verwendung seines Geldes mitzubestimmen. Aus der Geldbewilligung lässt sich zugleich die Begründung des städtischen Wahlrechts ableiten: Wer hat am meisten Interesse an der Verwendung des Geldes? Also gebührt auch denen, welche die meisten Steuern zahlen, der grösste Einfluss auf die Zusammensetzung des Stadtparlaments. Im Anschluss daran werden dann die Einzelheiten des städtischen Wahlrechts zusammengestellt. Der Schüler lernt dabei zugleich das preussische Klassenwahlrecht mit seiner Begründung kennen.

Das Zusammenwirken des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung wird an einem Beispiel eingehend erläutert: Es soll eine Wasserleitung gebaut und Kanalisation angelegt werden. Der Lehrer würdigt das Werk in seiner Bedeutung für Gesundheit und Reinlichkeit. — Der Magistrat wird sich schlüssig. Wer arbeitet nun das Projekt aus? Wem wird es dann zur Bewilligung der Kosten vorgelegt? In welcher Weise wird die Stadtverordnetensitzung, die sich damit befasst, verlaufen? Welche Aufgabe fällt dem Bürgermeister zu? Welche dem Stadtbaumeister? Die Vorlage wird schliesslich angenommen.

Die Ausführung wird einer Firma übertragen und von dieser gemacht. Wer ist der Bürgerschaft für die gute Anfertigung verantwortlich? Mit welchem Augenblick übernimmt der Stadtbaumeister die Verantwortung? Von wem und in welcher Weise wird er zur Rede gestellt, wenn das fertig gestellte Werk Mängel aufweist?

Es gibt wohl kein Recht der städtischen Selbstverwaltung, das sich nicht im Laufe der Erörterung erwähnen liesse. Es erübrigt sich, sie hier alle aufzuzählen, da nur Wege gezeigt werden sollen, aber auf Vollständigkeit kein Anspruch erhoben wird.

Es ist früher öfter von einer Durchbrechung der staatlichen Gewalt gesprochen worden. Bedeutet eine solche auch die städtische Selbstverwaltung? Nein! Denn dem König ist das Recht vorbehalten, die von den Stadtverordneten gewählten Beamten zu bestätigen oder ihnen die Bestätigung zu versagen. Die Bedeutung dieses Rechtes wird beleuchtet durch den angenommenen Fall, dass die Stadtverordneten einen Bürgermeister wählen, der einer Partei angehört, welche sich die Beseitigung der gegenwärtigen staatlichen Ordnung zum Ziele gesetzt hat. Auch das Aufsichtsrecht des Landrats resp. des Regierungspräsidenten gehört in diesen Zusammenhang.

Infolge der unglücklichen Ereignisse von 1806/07 ist dem Schüler die allgemeine Wehrpflicht als nationale Notwendigkeit erschienen. Diese Erkenntnis wird durch die Erfolge in den Freiheitskriegen bekräftigt. Nun erwartet er auch den Weitergang in der politischen Gesundung der preussischen Verhältnisse, d. h. den Ausbau der Steinschen Reformgesetzgebung. Aber es dauert länger als 30 Jahre, bis die Verfassung zu Stande kommt. Und dies geht unter schweren Kämpfen und Erschütterungen vor sich. Der Schüler sieht daraus, dass politische Entwicklungen nicht so glatt verlaufen wie Gedankenreihen:

„Leicht bei einander wohnen die Gedanken,
Doch hart im Raume stossen sich die Sachen“.

Als treibende Motive für die geschichtliche Entwicklung, die schliesslich zum Verfassungsstaat und zur deutschen Einheit geführt hat, gilt es drei Dinge herauszuarbeiten, die im wesentlichen heute noch die lebendigen Kräfte im politischen Leben des deutschen und der europäischen Völker überhaupt bilden: 1. das Streben nach dem der allgemeinen Wehrpflicht entsprechenden Rechte der Mitbestimmung bei der Gestaltung der staatlichen Verhältnisse, 2. das mit den Freiheitskriegen erwachende und in der Folgezeit stets wachsende Nationalbewusstsein, 3. der wirtschaftliche Aufschwung, der jenen beiden Gedanken Kraft und Nachdruck verleiht.

Die liberalen Bestrebungen kommen in Preussen mit der Verfassung zum Ziel. Aus dieser ist dem Schüler vieles bekannt und braucht nur wiederholt zu werden. Das noch Fehlende wird ergänzt. Dann bietet der preussische Militärkonflikt eine lehrreiche Gelegenheit, das Zusammenwirken der Verfassungsorgane zu zeigen und über verschiedene Formen des konstitutionellen Staates Aufklärung zu geben. Krisen eignen sich am besten zur Erläuterung staatlicher Verhältnisse, weil die gegenteiligen Bestrebungen im Kampf am deutlichsten zum Ausdruck kommen. So sehen wir im Konflikt das liberale Bürgertum, das nach Erweiterung der parlamentarischen Rechte strebt, und das Königtum, das seinen Besitzstand verteidigt.

Wilhelm I. will die Armee vermehren. Auf welchem verfassungsmässigen Weg wird der Plan Gesetz? Um dies allgemeine Ziel der Betrachtung zu erreichen, werden folgende Unterfragen gestellt: Wer arbeitet den Entwurf aus? — Er ist fertig und hat die Billigung des Königs und des Ministeriums: Wer muss das Geld zur Durchführung bewilligen? Wer vertritt die Vorlage vor dem Landtag? — Die Volksvertretung lehnt das Gesetz ab. Das Ministerium der „neuen Ära“ hat nicht den Willen und die Kraft, die Absichten des Königs durchzusetzen.

In diese Lage tritt Bismarck ein: Er hat ebensowenig Glück mit dem Abgeordnetenhaus wie seine Vorgänger. Daher löst er es auf. — Welchen Sinn hat das Recht der Regierung, die Volksvertreter nach Haus zu schicken? Hierbei kann die Bedeutung des

„Referendums“ erläutert werden, das in der Schweiz zur Anwendung kommt und von dem gegenwärtig in England viel die Rede ist. — Aber auch in der neuen Versammlung hat die Opposition die Mehrheit. Welches wäre in England bei einer ähnlichen Lage die Folge für das Ministerium? Aber Wilhelm I. hält seinen Minister gegen die Mehrheit des Parlamentes. Damit ist der Unterschied zwischen einer parlamentarischen und einer monarchischen Regierungsform erklärt. (Zugleich ist der Gesichtskreis des Schülers durch den Hinweis auf die grossen Fragen, die heute die innere Politik Englands bewegen, wesentlich erweitert.) Das Recht des preussischen Königs, seine Minister nach eigenem Ermessen zu ernennen und zu entlassen, wird als eine der wichtigsten Tatsachen der Verfassung gewürdigt. Dabei kann erwähnt werden, dass der Kaiser im Reiche ähnliche Befugnisse hat. Hätte der König Bismarck entlassen, dann wäre die Überlegenheit des Parlamentes für alle Zeiten gesichert worden. Des Königs Standhaftigkeit und Bismarcks Kraft entschied den Kampf, „ob in Preussen das Haus der Abgeordneten oder das Haus der Hohenzollern herrschen solle“, zu Gunsten der Krone. Diese Gedanken können erweitert werden durch die Erwähnung des königlichen Rechtes, die Beamten einzusetzen. Welche politische Färbung wird das preussische Beamtentum also zeigen? — Die Regierung führt nun die Heeresreform gegen das Parlament durch und nimmt ohne dessen Bewilligung das Geld. Was bedeutet dies staatsrechtlich? Damit wird auf das Indemnitätsgesuch von 1866 vorbereitet.

Auch an Fragen der auswärtigen Politik lässt sich der überwiegende Einfluss der Krone erläutern: Das Abgeordnetenhaus verlangt, die Regierung solle sich der bedrängten Polen gegen Russland annehmen. Aber Bismarck tut genau das Gegenteil, indem er durch die militärische Besetzung der Grenze Russlands bei der Unterdrückung des Aufstandes unterstützt. Auch in der Schleswig-Holsteinschen Frage steht er im Widerspruch zu der Mehrheit des Parlamentes und der Nation, ohne das Opfer dieses Gegensatzes zu werden.

Bei der Besprechung des Konfliktes lässt sich auch das Korrelat des Mitbestimmungsrechtes die Mitverantwortlichkeit mit Erfolg betonen. — Hätte Preussen und Deutschland die glückliche Entwicklung genommen, wenn die Armee nicht vermehrt worden wäre? Wen hätte die Schuld getroffen, wenn die grossen Kriege verloren gegangen wären? — Oder folgendes Beispiel: Wir brauchen eine starke Flotte. Der Reichstag verweigert andauernd die Mittel. Wir unterliegen im Kriege. Der Handel wird ruiniert. Deutschland verliert seine Machtstellung. Wen trifft die Verantwortung?

Das Verständnis für jene Kämpfe kann vertieft werden durch die Lektüre der entsprechenden Reden Bismarcks, die eine Fülle von Bemerkungen über die Verfassung enthalten, und der „Gedanken und Erinnerungen“. Es ist eine gemeinsame Freude, die Lehrer und Schüler empfinden an der Einheitlichkeit der Auffassung aller Dinge, an der Wucht des Urteils und an der treffenden Kraft und dem lapidaren Stil der Sprache. Mit welchem Gewinn der Schüler die Reden gelesen hat, kann er durch einen Vortrag zeigen: Welches Bild der preussischen Verfassung bekommen wir aus Bismarcks Reden?

Es ist keine lästige Abschweifung, wenn in diese Besprechungen auch Fragen herangezogen werden, die den preussischen Staat neuerdings bewegt haben. So kann beispielsweise die letzte Wahlrechtsvorlage mit ihren Absichten bei der Behandlung des jetzt noch bestehenden Wahlrechts erörtert werden. Als ein weiterer Fall, in dem Regierung und Parlamentsmehrheit in Widerspruch gerieten, wird die Kanalvorlage angeführt.

Die Reichsverfassung.

Es wäre reichlich spät, wenn der Schüler erst bei Gelegenheit ihrer Einführung, kurz bevor er die Schule verlässt, über die Verfassung des deutschen Reiches unterrichtet würde. In der Tat lässt sie sich schon früher mit Erfolg behandeln. Die Reformversuche unter Maximilian bieten dazu Gelegenheit. Indessen sind sie nicht wichtig genug, als dass man viel Wert darauf zu legen brauchte. Dagegen müssen die durch den Westfälischen

Frieden geschaffenen Verfassungszustände fest eingepreßt werden. Und sie drängen dazu, unsere Reichsverfassung zum Vergleich heranzuziehen und die heutigen Verhältnisse auf dem Hintergrunde der damaligen zu zeigen und durch Vergleich das Verständnis zu erleichtern. Das Reich war ein Konglomerat von selbständigen Staaten. Das wird an den geschichtlichen Ereignissen bewiesen: Welches ist das wichtigste Souveränitätsrecht? — Die auswärtigen Angelegenheiten nach eigenem Ermessen zu regeln und über Krieg und Frieden zu bestimmen. Es wird daran erinnert, dass die Römer den ersten Schritt zur Beschränkung der Selbständigkeit der besiegten Staaten (Karthago, Mazedonien, Syrien) damit taten, dass sie ihnen das Recht nahmen, ohne Roms Einwilligung Krieg zu führen. (Diese Tatsache ist seinerzeit unter dem hier in Betracht kommenden Gesichtspunkt gewürdigt worden.) Der Grosse Kurfürst führte selbständig Kriege. Baiern und Kurköln standen zeitweise auf französischer Seite. Aus diesen Tatsachen zieht der Schüler den Schluss, dass die Landesfürsten die volle Souveränität hatten. Dass diese in den inneren Angelegenheiten, der Rechtsprechung usw. den Kurfürsten schon durch die goldene Bulle zugestanden worden war, ist bekannt. Es braucht nur noch gesagt zu werden, dass sie 1648 auf alle Fürsten ausgedehnt wurde. Nachdem so festgestellt ist, dass die im Laufe der Zeit vollzogene Auflösung der Reichsgewalt durch den Westfälischen Frieden bestätigt wurde, wird etwa durch folgende Fragen auf die heutige Zeit übergeleitet: Wer führt die auswärtige Politik Deutschlands? Angenommen, ein bairischer Reisender ist im Ausland ermordet worden. Wer fordert Sühne? Wer ernennt die Vertreter des Reichs im Ausland (die Konsuln, Gesandten und Botschafter)? Wer schliesst Handelsverträge? Wem gehört dasjenige Machtmittel, mit dem wir unsere überseeischen Interessen schützen, die Flotte? Wer befiehlt im Kriege die Armee? Aus diesen Fragen, die der Schüler theils selbständig, theils mit Hilfe des Lehrers beantwortet, geht hervor, dass die Bundesstaaten mit der auswärtigen Politik auf einen wichtigen Teil ihrer Souveränität verzichtet haben. Zu wessen Gunsten? Des Kaisers! Diese falsche Antwort, die regelmässig erfolgt, schadet nichts. Sie wird richtig gestellt: Zu Gunsten der Gesamtheit, der sie angehören. Als wichtigstes Resultat ergibt sich die Tatsache, dass das Deutsche Reich nach Aussen eine Einheit bildet. Dabei wird sein Charakter als Bundesstaat hervorgehoben und betont, dass die Gesamtheit der Fürsten Träger der Souveränität ist. Die Bundesfürsten lassen sich vertreten durch Bevollmächtigte, die zusammen den Bundesrat ausmachen. Welchem Faktor der preussischen Verfassung entspricht der Bundesrat? Ihm gegenüber wird der Reichstag als Vertretung des Volkes erwähnt und das Wahlrecht festgestellt. Das Zusammenwirken der beiden an der Gesetzgebung beteiligten Faktoren wird bei der Behandlung der neuesten Zeit an einem praktischen Fall gezeigt.¹⁾ Auch im Reiche liegt der Schwerpunkt der staatlichen Gewalt bei der Regierung. Diese Tatsache wird begründet durch den Hinweis auf die Zerrissenheit des politischen Lebens in Deutschland. Einem parlamentarischen Regiment würde die Stetigkeit fehlen, die nur durch eine grosse herrschende Partei oder eine starke Regierung gewährleistet wird.

Hiermit hat der Primaner einen Umriss, der im Laufe der Zeit von ihm selbst und bei der Behandlung der Reichsgründung mit Hilfe des Lehrers näher ausgeführt wird. Bei der Scheidung der Reichs- und Landesangelegenheiten ist mit der Kenntnis der preussischen Ministerien ein wichtiger Teil der Arbeit geleistet. Als Grundsatz kann festgestellt werden, dass alles Auswärtige Sache des Reiches ist. Als Grund hierfür erkennt der Schüler die oft in der Geschichte festgestellte Tatsache, dass in den Streitfragen der Völker die grösste Macht das grösste Recht bedeutet und allein entscheidet. Die inneren Angelegenheiten sind den Bundesstaaten vorbehalten. Dass hiermit der grossen, im Charakter begründeten, durch die geschichtliche Entwicklung geförderten Verschiedenheit der deutschen Stämme Rechnung getragen ist, findet der Schüler, wenn er nach dem religiösen Bekenntnis des preussischen und des bairischen Volkes gefragt wird. Die Verschiedenheit der Konfession macht ihm

¹⁾ S. 21.

das Bedürfnis der einzelnen Staaten verständlich, über alle Einrichtungen, die mit dem religiösen Leben im Zusammenhang stehen, selbst zu verfügen. — Indessen erkennt der Schüler eine Tendenz zum Zusammenwachsen, wenn er hört, dass neu entstehende Bedürfnisse des öffentlichen Lebens, soweit sie das ganze Deutsche Volk angehen, durch Reichsgesetz geregelt werden. Das beweist die umfangreiche soziale Gesetzgebung. Auch das im Jahre 1900 herausgekommene bürgerliche Gesetzbuch, die geplante Strafprozessordnung und das Strafgesetzbuch bestätigen denselben Gedanken. Im Rechtswesen ist zu unterscheiden zwischen Justizverwaltung und Gesetzgebung: Jene ist Sache der Bundesstaaten, weil es sich dabei um Personenfragen, Einrichtung von neuen Stellen u. ä. handelt, d. h. um solche Dinge, die aus der Nähe besser beurteilt werden können. Diese aber, als eine der wichtigsten Erscheinungen der nationalen Kultur, wird von der Vertretung des ganzen Deutschen Volkes geleistet. — Besondere Beachtung verdient das Heerwesen. Wenn der Lehrer nach den Mitteln der auswärtigen Politik fragt, wird ihm wahrscheinlich die Armee genannt. Diese Antwort wird als richtig anerkannt, insofern das Heer ein Instrument des Reiches ist, der Reichstag die Mittel bewilligt und der Kaiser die Führung im Kriege hat. Sie wird berichtigt durch die Feststellung der Reserve, die sich auf Verwaltungssachen beschränken. Deren Berechtigung wird aus der langen, historischen Entwicklung begründet. — Die bei der Erörterung des Zollvereins¹⁾ festgestellte Tatsache, dass Grenzen ein Hindernis für den Verkehr bilden, beleuchtet den reichsamlichen Charakter der Post und die Einheit der Münzen, des Masses und Gewichtes. Im selben Zusammenhang kann auch die erstrebte Betriebsmittelgemeinschaft erwähnt werden.

Wirtschaftliche und soziale Verhältnisse.

Die ersten Zeiten der griechischen und römischen Geschichte zeigen dem Schüler soziale und wirtschaftliche Kämpfe, die ihn mit dem Typischen solcher Bewegungen überhaupt vertraut machen. Der Obersekundaner, der mit der Solonischen und der Licinisch-Sextischen Gesetzgebung bekannt gemacht wird, erinnert sich noch an die französische Revolution, die vor einem halben Jahre in IIb behandelt worden ist. Die wichtigsten Gründe, die zu dieser grossen sozial-wirtschaftlich-politischen Bewegung führten, werden wiederholt. Zunächst wird die wirtschaftliche Not der unteren Klassen hervorgehoben und die Tatsache festgestellt, dass sich zwei Drittel des gesamten Ackerlandes im Besitz des Adels und der Geistlichkeit befanden und dass sich die Notlage des dritten Standes durch die unerschwinglichen Abgaben stets steigerte. Dann erzählt der Lehrer von dem wirtschaftlichen Elend der armen Bevölkerung Roms, das sich durch Kriegsdienst und Verschuldung unaufhörlich vergrösserte. Demgegenüber hatte der Adel die ausschliessliche Nutzniessung grosser Staatsländereien. Wo ist in den letzten Jahren der Ruf nach Aufteilung von Kronland leidenschaftlich erhoben worden? Vor einigen Jahren, als die Flammen der russischen Revolution noch züngelten, beantworteten die meisten Schüler diese Frage. Heute wird wohl der Lehrer nachhelfen müssen. — Aus den angeführten Beispielen ergibt sich die wirtschaftliche Notlage als ein Hauptgrund revolutionärer Bewegungen. — Gibt es auch bei uns Volksklassen, die mit ihren wirtschaftlichen Verhältnissen unzufrieden sind? — Rom, Frankreich und Russland waren Agrarstaaten. Auf welchem Gebiet liegt der Schwerpunkt unseres wirtschaftlichen Lebens? Was für nächste Ziele werden also unsere industriellen sozialdemokratischen Arbeitermassen haben? Aus der Menge der falschen und halbrichtigen Antworten, (aus denen sich die geistige Reife der Schüler zum Teil beurteilen lässt), wird die eine richtige herausgeschält: Sie wollen mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit.

Als zweiter Grund für revolutionäre Bewegungen kommen die sozialen Bestrebungen in Betracht. Zur Erklärung des Ausdrucks „sozial“ lässt sich erfolgreich die Zeit des Absolutismus heranziehen. Der Volkskörper war durch Gesetz in drei Klassen

¹⁾ S. 21.

gegliedert. Ein Aufsteigen aus der einen in die andere war unmöglich. Diese soziale Gliederung schnürte auch das Erwerbsleben ein. Auch das Volk im alten Rom war rechtlich in zwei Klassen eingeteilt, die Patrizier und die Plebejer. Die Scheidewand bestand in dem Verbot des Konubiums, in der Tatsache, dass Kinder aus einer Ehe zwischen Angehörigen beider Stände der schlechteren Hand folgten. — Nun kommt die Frage: Haben wir heutzutage soziale Unterschiede, die gesetzlich festgelegt sind? Dies wird verneint. Haben wir tatsächliche Unterschiede? oder, gibt es Klassen oder Berufskreise, die an die Herkunft ihrer neu hinzutretenden Mitglieder besondere Anforderungen stellen? Als lehrreichstes Beispiel wird der Offizierstand namhaft gemacht. Als Resultat dieser Fragen ergibt sich, dass unser Volk keine rechtlich festgelegte, wohl aber eine tatsächliche soziale Gliederung zeigt. Der Schüler findet, dass diese durch die Herkunft und durch die Beschäftigung bedingt ist. — Fällt die soziale Stellung eines Mannes zusammen mit seinen wirtschaftlichen Verhältnissen? Ein Vergleich zwischen einem reich gewordenen Handwerksmeister, der selbst noch mit den Händen arbeitet, und einem General, der von seinem Gehalt leben muss, führt den Schüler zur richtigen Antwort. — Worin liegt der (durch die Steinschen Reformen herbeigeführte) Fortschritt in unsern sozialen Verhältnissen gegenüber dem Ständewesen der Friederizianischen Zeit? Den Fähigen ist die Bahn frei gemacht, um aufzusteigen, wenn auch nicht immer in einer, so doch in mehreren Generationen. Durch das freie Spiel der Kräfte entsteht eine Auslese, indem tüchtige Elemente im Volkskörper nach oben steigen, untüchtige nach unten sinken. Dass auch Unfähige durch den Reichtum und das Verdienst ihrer Vorfahren wenigstens eine Zeitlang oben gehalten, Fähige aus den unteren Kreisen mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden haben, die den Angehörigen der oberen Stände erspart bleiben, ist eine Tatsache, die der allgemeinen Gültigkeit jener Behauptung keinen Abbruch tut.

Ebenso wichtig wie die Kenntnis der Tatsachen ist eine ausreichende Vorstellung von den Volksstimmungen, welche das psychische Moment grosser sozialer Bewegungen bilden. Es bedarf einer lebendigen Schilderung, um dem Schüler die gegenseitige Wertschätzung des französischen Adels und der „Kanaille“ anschaulich zu machen und zu zeigen, welche ein gefährlicher Zündstoff der gewaltige Klassenhass war. Aus dem römischen Ständekampf bietet die Virginia-Sage ein geeignetes Beispiel, in der sich die Erbitterung des misshandelten Volkes gegen die ungerechten, grausamen Aristokraten ein Denkmal gesetzt hat. Dieses psychische Moment des Klassenhasses ist auch als ein starker Faktor unseres sozialen Lebens hervorzuheben. Es ist die Wahrheit, wenn der Lehrer hierbei feststellt, dass in Frankreich der sittlich verkommene, pflichtvergessene, für den Untergang reife Adel Anlass zu der tödlichen Abneigung gab, dass bei uns die Schuld mehr die Demagogen trifft. Ein par Proben aus dem Vorrat sozialdemokratischer Schlagworte bestätigt dies.

Auf der andern Seite muss durch eine objektive Betrachtung der Dinge darauf hingearbeitet werden, dass der Schüler weder hochmütig nach unten, noch neidvoll nach oben blickt. Hierbei wirkt die Persönlichkeit des Lehrers mehr als seine Lehrkunst.

Ein drittes Motiv revolutionärer Bewegungen liegt in dem Streben gewisser Volksklassen nach politischem Einfluss. Die römischen Patrizier besetzten die öffentlichen Aemter und regierten den Staat nach ihrem Gutdünken. Im vorrevolutionären Frankreich lag alle politische Macht in den Händen des Königtums, dessen Organ der Adel war. Die russische Revolution kämpfte gegen den Absolutismus des Zaren. — Welcher Teil im Namen unserer revolutionären Partei deutet auf politische Ziele hin? und auf was für Ziele? Hat die Masse unserer Arbeiter politische Rechte? und in welcher Weise üben sie diese aus? Welches Mass politischer Rechte hat der Arbeiter im Vergleich zu einem Regierungsrat? oder was für ein Wahlrecht hat das Deutsche Reich?

Wie in einem Musterbeispiel lassen sich die drei besprochenen Gründe zur Revolution an den Licinisch-Sextischen Gesetzen einprägen, welche die Lösung der drei Fragen enthalten: Durch die Bestimmung über die Staatsländereien weisen sie auf die wirtschaftliche Seite hin,

die Genehmigung des Konubiums ist die Befriedigung sozialer Wünsche, und mit der neuen Besetzung der Konsulatsstellen wird den politischen Bestrebungen Rechnung getragen.

Grosse Revolutionen pflegen von geistigen Bewegungen vorbereitet und begleitet zu werden. Diese Tatsache tritt zum ersten Mal bei den deutschen Bauernkriegen in die Erscheinung, bei denen die Auflehnung gegen die kirchliche Autorität Hand in Hand geht mit den Bestrebungen, wirtschaftliche und soziale Fesseln zu sprengen. Die Bedeutung dieser geistigen Bewegungen liegt zum Teil darin, dass sie Traditionen zerstören und den Menschen die Scheu nehmen, gegen das, was sie bis dahin mehr aus dem Gefühl heraus als auf Grund der Überlegung für unantastbar gehalten haben, die Hand zu erheben. Dies trifft besonders für die Aufklärung zu. Die Menge musste durch diese den Lehren der Kirche abwendig gemacht werden, damit sie fähig wurde, die weltliche Machtstellung des Klerus zu stürzen und ihm den weltlichen Besitz zu nehmen. Die Aufklärung musste die Massen überzeugen, dass alle Menschen von Natur gleich seien und dass jeder infolgedessen gleichen Anspruch auf Macht und Besitz habe, um ihnen den Mut zu geben, gegen Adel und Königtum die Waffen zu ergreifen. — In ähnlicher Weise hat der Materialismus unserer Sozialdemokratie das wissenschaftliche Rüstzeug gegeben. Der Glaube an ein Jenseits musste aus den Herzen der Massen verbannt werden, die ihre höchsten Ziele in irdischen Dingen suchen. Eine Anschauung, welche die Bedeutung der frei schaffenden Persönlichkeit in der Geschichte leugnet und in der historischen Entwicklung nur mechanisch wirkende Kräfte sieht, ist geeignet, den Geist einer politischen Bewegung zu bilden, die von der gleichgestalteten Masse getragen wird.

Während es meist gelingen wird, die Einwirkung der Aufklärung auf die französische Revolution dem Schüler nahe zu bringen, ist es schwieriger, den Zusammenhang zwischen Materialismus und Sozialdemokratie zu zeigen. Indessen ist schon etwas erreicht, wenn auf das Problem hingewiesen wird.

Ausserordentlich lehrreich für unsere Aufgabe ist die Gracchische Revolution. Sie wird verursacht durch eine wirtschaftliche Krisis, wie die Geschichte noch mehrere, ähnliche aufweist. Italien ist durch die grossen Kriege in Berührung mit dem Osten gekommen. Es entsteht ein weit ausgedehnter Handel, und an die Stelle der Naturalwirtschaft tritt die Geldwirtschaft. Eine ähnliche Erscheinung können wir nach der Entdeckung Amerikas und der Eröffnung der neuen Handelswege wahrnehmen. Eine solche Umbildung geht stets auf Kosten der Agrarbevölkerung, weil diese an dem Geldverkehr nur wenig teilnimmt und der Boden im Preise sinkt. Daher im Beginn des 16. Jahrhunderts die grosse wirtschaftliche Not des Rittertums und der Bauern. In Italien führte die Neugestaltung des wirtschaftlichen Lebens zur Vernichtung des ländlichen Mittelstandes. An diesem Vorgang können wir den Kampf zwischen Grossbetrieb und Kleinbetrieb beobachten. Die Kapitalisten legen zum Teil ihr Geld in Grundbesitz an, und es entstehen Latifundien, die mit Sklaven bewirtschaftet werden. (Der Sklave ist die Maschine des Altertums.) Der Schüler erkennt unter geringer Nachhilfe des Lehrers, warum ein Grossgrundbesitzer, der mit Sklaven arbeitet, billiger verkaufen kann, als eine Anzahl von Bauern, die zusammen ein ebenso grosses Stück Land bewirtschaften wie jener und dabei ihre Familien ernähren müssen. Wenn die Gründe sorgfältig festgestellt sind, wird gefragt: In welcher Lage befindet sich heute der gewerbliche Mittelstand? Wodurch ist er in die schwierige Lage gekommen? Die Gründe für die Überlegenheit der Fabrik und des Warenhauses gegenüber dem Handwerker und dem kleinen Kaufmann sind im wesentlichen dieselben wie die vorher erwähnten. Es kommt hinzu, dass die Fabrik schneller und exakter arbeitet als der Handarbeiter, dass das Warenhaus den Einkauf bequemer macht, weil alle möglichen Waren an derselben Stelle gekauft werden können und weil es über einen wohlorganisierten Botendienst verfügt. Dass die Grösse des Umsatzes billigere Preise ermöglicht, ist eine Tatsache, die der Schüler an einem gegebenen Beispiel rechnerisch feststellen kann, und er sieht leicht, was das im Kampf zwischen Grossbetrieb und Mittelstand bedeutet. — An dem Aufkommen der Warenhäuser und der Not des

Mittelstandes sieht der Schüler, wie die Dinge des Lebens hart auf einander stossen. Auf der einen Seite eine Erscheinung, die durch den Erfolg ihre Existenzberechtigung erweist, auf der andern eine ganze Volksklasse im schweren Daseinskampfe. — Wer den Bedürfnissen der Abnehmer am besten und bequemsten entspricht, bleibt Sieger. Sympathien sind kein dauernd wirksamer Faktor im Wirtschaftskampfe. Dieser wird allein durch die grössere Macht entschieden. Wenn diese Dinge verstanden sind, wird auch die Absicht der Umsatzsteuer leicht erfaßt.

In Italien griff die Regierung zunächst nicht hemmend und helfend in diesen Vernichtungsprozess ein; der Bauernstand ging zu Grunde, und die Bauern, die ihr Gütchen verloren oder verkauft hatten, zogen nach Rom und vermehrten dort das Proletariat. In diesem haben wir eine soziale Erscheinung, die auch in unsrer Zeit von grösster Bedeutung ist und deshalb eingehende Würdigung verdient. Um den Schüler mit dem Wesen des römischen Pöbels vertraut zu machen, liess der Lehrer vielleicht die anschauliche Schilderung Mommsens vor. Auch Stellen aus Sallust, der die Hauptstadt mit einer Gasse vergleicht, in welcher aller Unrat Italiens zusammenfloss, dienen zur Erläuterung. Die Verminderung dieses Proletariats bleibt ein dauerndes Problem der sozialen Arbeit im römischen Reich. Alle grossen Männer haben sich daran versucht. — Kann dieser Pöbel mit unserm Arbeiterproletariat verglichen werden? Nein! Denn dieses ist ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor, es liefert unserer Industrie die Arbeitskräfte, das römische aber war ein Schmarotzer am Volkskörper. Um auf das Wesen des Proletariats zu kommen, wird durch Fragen festgestellt, dass der Proletarier keine eigene Werkstatt hat, kein Vermögen, (dass er also auf den Tagesverdienst angewiesen ist), und in der Regel kein eignes Handwerkszeug. Es ist nicht ganz leicht, dem Schüler klar zu machen, dass das Fehlen der Tradition und der Mutter der Tradition, der Autorität, eine der wichtigsten geistigen Eigenschaften des Proletariats ist. Monarchische und staatsstrenge Gesinnung sowie Religiosität beruhen bei der ländlichen Bevölkerung auf dem Herkommen, bei den Gebildeten auf der Einsicht in die Dinge. Bei dem Proletariat vermag die Bildung die Tradition zu zerstören, aber sie reicht nicht aus, neue positive Ueberzeugungen an deren Stelle zu setzen. Das Schwinden der Autorität und Tradition hat seinen Grund in der Unstetigkeit der Beschäftigung, des Wohnens, des Umgangs, in der grösseren Leichtigkeit der Beeinflussung. — Die wirtschaftlichen Gefahren, die sich aus dem Wesen des Proletariats für den Einzelnen, für grössere Massen der Arbeiter und für die Gesamtheit ergeben, erhellen aus einfachen Beispielen. Ein Arbeiter erkrankt oder verunglückt, eine Fabrik macht Bankerott u. a. Dadurch wird das Verständnis für die soziale Gesetzgebung vorbereitet.

Neben der *multitudo* in der Hauptstadt war die *solitudo Italiae* die Hauptquelle des Übels in der *gracchischen* Zeit. Diese litt ebenso sehr unter der Landflucht wie das neue Deutsche Reich zuweilen gelitten hat. Die Gründe sind hier und dort verschieden. Dort war es mehr die Not, die den Bauern von seiner Scholle trieb. Hier ist es die Aussicht auf grösseren Verdienst in den Industriegegenden, und besonders der lockende Klang des baren Geldes.

Um die Folgen der Landflucht verständlich zu machen, wird die Bedeutung des Bauernstandes für das ganze Volk beleuchtet. Aus seiner eigenen Erfahrung und aus den vorhergegangenen Ausführungen über das Proletariat weiss der Schüler, dass der Bauernstand der Hort der Religiosität und der monarchischen Gesinnung ist; er findet auch, dass die bäuerliche Arbeit für die körperliche Entwicklung günstiger ist als die Tätigkeit in der Fabrik. Daraus folgt, dass die ländliche Bevölkerung die Hauptquelle unserer Wehrkraft bildet. Ausserdem ist die Landwirtschaft nicht so empfindlich für wirtschaftliche Krisen. Man lasse sich den Schüler ausmalen, was es für Folgen hat, wenn aus einer Industriestadt 20000 Väter von Familien, die vom Tagesverdienst leben müssen, unter die Waffen treten oder wenn infolge einer feindlichen Invasion in einer Industriegegend alle Räder still stehen. Demgegenüber zeigt eine einfache Betrachtung, dass die männlichen Kräfte einer

bäuerlichen Familie viel leichter entbehrt werden können, zu gewissen Zeiten sogar ohne jeglichen Schaden. Dazu kommt die Unzerstörbarkeit der wichtigsten landwirtschaftlichen Erwerbsquelle, des Grundes und Bodens. Als sittliches Moment kommt noch hinzu, dass der Bauer zu seiner Scholle in einem viel persönlicheren Verhältnis steht als der Fabrikarbeiter zu seiner Arbeitsstätte. — Der Lehrer wird nicht verschweigen, dass die bäuerlichen Verhältnisse nicht so ideal sind, wie sie etwa Schiller im Tell schildert, und dass die ländliche Bevölkerung der städtischen im allgemeinen nachsteht an Regsamkeit, Intelligenz und Lebenshaltung. Aus allem aber wird der Schüler zu der Einsicht kommen, dass im Bauernstand das Volk bodenständig ist, dass hier die starken Wurzeln seiner Kraft sind. Alle diese Betrachtungen zeigen, was eine Auflösung des ländlichen Mittelstandes für die Gesamtheit des Volkskörpers bedeutet. Dieser wichtige Stand wurde in Italien in der wirtschaftlichen Entwicklung zerrieben, und auch bei uns hat er schweren Schaden erlitten durch die Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte.

Die Römer trieben hauptsächlich soziale und wirtschaftliche Gründe dazu, gegen die Schäden der Landflucht anzukämpfen. Für uns kommt noch ein nationaler Gesichtspunkt dazu. — Wer drängt in die von den Deutschen verlassenen bäuerlichen Stellen nach? Die Polen. Auf diese Weise legt sich eine Schicht fremden Volkstums unter den Volkskörper des Deutschthums. Aus dieser steigen die begabteren Elemente als Ärzte, Lehrer, Anwälte empor. Das fremde Volk bricht zunächst an einigen Stellen, dann allenthalben durch die immer dünner werdende Schicht des Herrenvolkes an die Oberfläche, und von diesem bleiben nur noch Rudimente übrig. Dieser Vorgang wird durch das Schicksal des Deutschthums in den russischen Ostseeprovinzen klar beleuchtet.

Welche Massnahmen hat nun die preussische Regierung getroffen, um dieser drohenden Entwicklung vorzubeugen? Und welche Massnahmen trafen die Gracchen? Hier wie dort hat man Ansiedlungskommissionen gebildet. (Zu Rom hiess sie *triumviri agris dividendis et assignandis*.) Woher nahmen die Gracchen den Boden zur Besiedelung, woher die preussische Ansiedlungskommission? Woher nahmen die Gracchen die Geldmittel, woher nimmt sie unsere Regierung? Dort verwandte man das Vermögen des Königs Attalos dazu, hier bewilligt der Landtag das Geld? — Wodurch suchte C. Gracchus zu verhindern, dass die Ansiedler ihr mit staatlicher Hilfe erworbenes Gut weiter verkauften und dadurch die Absicht des Staates vereitelten? Wodurch tut dies unsere Regierung? Dort erhielten die übertragenen Grundstücke den Charakter von Majoraten. Hier bewahrt sich die Ansiedlungskommission das formelle Eigentumsrecht, indem sie die Abrentung des Gutes nur bis zu einem gewissen Prozentsatz (10) zulässt. — Es heisst nur die berechnete Neugier des Schülers befriedigen, wenn er bei dieser Gelegenheit über die Einrichtung der preussischen Ansiedlungskommission und über den Gang der Parzellierung eines grösseren Gutes unterrichtet wird. Wenn der Lehrer dabei aus eigener Anschauung schöpfen kann, die er vielleicht auf einer Reise durch das Ansiedlungsgebiet gewonnen hat, dann gibt das der Darstellung Farbe und Leben. Durch eine Facharbeit oder einen Aufsatz kann sich der Lehrer vom Erfolge seiner Arbeit überzeugen; etwa: Die Bestrebungen der Gracchen und die preussische Ansiedlungskommission. — Die Geschichte des Sulla, Pompejus, Caesar und Augustus, die sich durch die Ansiedlung ihrer Veteranen, ähnlich wie unsere Regierung, eine zuverlässige Bauernbevölkerung schaffen wollten, zwingt wiederholt auf unsere Frage zurückzukommen. Auch der lateinische Unterricht (etwa Ciceros Briefe) gibt wiederholt Gelegenheit.

Während bei der Behandlung der alten Geschichte nur Streiflichter auf unsere heutigen Verhältnisse geworfen werden, setzt mit dem Beginn des vorigen Jahrhunderts die zusammenhängende Betrachtung ein.

Wie auf dem politischen Gebiete, so beginnt auch im wirtschaftlichen Leben mit jener Zeit ein Aufschwung, der eine gewaltige Umgestaltung der sozialen Verhältnisse, die Entwicklung neuer, grosser Kräfte und neue Probleme und Gefahren zur Folge hat. Zweierlei

ist die Ursache: 1. Die Erfindung der Dampfmaschine. Ihre Bedeutung als Produktions- und Verkehrsmittel erkennt der Schüler schnell. 2. Die wirtschaftspolitische Tat des deutschen Zollvereins. Durch zweierlei hat dieser den Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens gefördert: Durch die Beseitigung der Binnenzölle und die Einführung der Prohibitivzölle. Jene werden als eine lästige Fessel des Verkehrs gezeigt. Dazu wird eine möglichst bunte Karte des damaligen Deutschlands aufgehängt, eine Ladung Kaffee auf ihrem Weg von Hamburg nach München verfolgt, die an jeder Grenze erhobenen Zollabgaben zusammengezählt und dann der erforderliche Preiszuschlag berechnet. Die Bedeutung des Prohibitivzolles wird ebenfalls an einem praktischen Fall erläutert. Die Tatsache, dass die erhöhte Produktion und der grössere Umsatz ein Sinken des Preises zur Folge hat, ist dem Schüler bekannt und wird noch einmal betont. Dann wird darauf hingewiesen, dass um 1830 die englische Industrie viel höher entwickelt war als die unsrige und deshalb unseren Markt beherrschte. Nun wird folgendes Beispiel durchgeführt: Eine Fabrik stellt in einem gewissen Zeitraum 1000 Pflüge her und verkauft das Stück mit 50 Mark Reingewinn, eine andere fertigt in derselben Zeit 20 und verkauft jeden mit demselben Gewinn. Die beiderseitigen Gewinne werden verglichen. Nun wird der grossen die Konkurrenz lästig, und sie will sich ihrer entledigen. Um wieviel kann sie den Preis ihrer Pflüge herabsetzen, damit die kleine Fabrik, die ihr folgen muss, überhaupt nichts mehr verdient? Welches Schicksal erleidet diese schliesslich? Nun wird angenommen die grosse Fabrik sei eine englische, die kleinere eine deutsche. Wieviel Zoll muss der Staat auf den englischen Pflug legen, damit der deutsche Fabrikant der englischen Konkurrenz gewachsen ist? — Jetzt werden die angenommenen Verhältnisse auf zwei ganze Industrien übertragen.

Im Anschluss hieran wird die Frage gestellt, unter welchen Voraussetzungen landwirtschaftliche Schutzzölle erforderlich werden. Diese Gelegenheit lässt sich benutzen, um das Zustandekommen und die Bedeutung eines Handelsvertrags zu erörtern: Angenommen die deutsche Landwirtschaft befindet sich infolge der auswärtigen Konkurrenz in grosser Not (in den neunziger Jahren rentierte sie sich einmal mit 2%). Die Reichsregierung will ihr helfen und legt Einfuhrzölle auf ausländisches Getreide. Welche Stimmung wird dies in Russland hervorrufen, und womit kann die russische Regierung einen Gegendruck ausüben? Nun werden die wichtigsten Dinge, die Deutschland nach Russland ausführt, wiederholungsweise aufgezählt, und umgekehrt. — Die russische Regierung beantwortet die deutschen Getreidezölle mit Repressalien, indem sie hohe Zölle auf deutsche Industrieerzeugnisse legt. Der Gegensatz verschärft sich, und die Zölle werden gesteigert. So entbrennt der Zollkrieg; jedes Land führt den autonomen Zoll ein. Schliesslich erwachsen hüben wie drüben unerträgliche wirtschaftliche Nachteile, und man sucht eine Verständigung anzubahnen. Wer führt von deutscher Seite die Unterhandlungen? Welches ist der Weg dieser Verständigung? — Auf beiden Seiten werden Kommissionen eingesetzt, welche einen Zolltarif ausarbeiten. Dieser wird der andern Regierung vorgelegt, und es kommt eine Einigung zu Stande. Die in dieser enthaltenen Zollsätze bilden die Grundlage zu einem Vertrag. Wessen Genehmigung ist in Deutschland noch erforderlich, damit der Entwurf Gesetz wird? Wie wird die Vorlage im Reichstag behandelt? Sie wird schliesslich angenommen. Was fehlt ihr nun noch, bis sie Gesetz wird? — Hier kann die Tätigkeit des „wirtschaftlichen Ausschusses“ erwähnt werden, der das Material für die Aufstellung der Tarife sammelt. Auch der Zweck der Handels- und Landwirtschaftskammern wird bei dieser Gelegenheit teilweise erkannt. Am Schlusse der Besprechung kann der Schüler in folgender Arbeit Zeugnis ablegen, mit welchem Erfolg er teilgenommen hat: Welche Bedeutung hat ein Handelsvertrag, und wie kommt er zu Stande?

Nun gibt es Fälle, in denen die gegenseitige Einfuhr zweier Länder den wirtschaftlichen Bedürfnissen beider eine erwünschte oder notwendige Ergänzung bringt. So haben wir den französischen Seidenwaren und den südlichen Weinen nichts ähnliches entgegenzustellen, und der deutsche Kohlenhandel nach Frankreich bildet für unsere Nachbarn keine lästige Konkurrenz, sondern füllt eine Lücke im französischen Wirtschaftsleben aus. Die Folgen hiervon sind

niedrige Zölle auf beiden Seiten. Nun ist es aber denkbar, dass Frankreich etwa mit Amerika einen Handelsvertrag abschliesst, nach dem amerikanische Kohlen ohne jeden Zoll ins Land gehen. Was bedeutet das für unsere Kohlenausfuhr? Um sich vor einer solchen Schädigung zu bewahren, verpflichten sich zwei Mächte, die in einem wirtschaftlichen Verhältnis wie Deutschland und Frankreich stehen, vertraglich, dass die eine der andern den Mindestzoll gewährt, den sie irgend einem andern Land zugesteht. Dies ist ein Meistbegünstigungsvertrag. Ein solcher ist 1871 zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossen worden. — Welches wäre also die Folge für uns, wenn Frankreich seinen Zoll auf englisches Roheisen ganz beseitigte? welches für Frankreich, wenn wir italienische Gartenerzeugnisse oder Seidenwaren zollfrei ins Land liessen?

Der deutsche Zollverein und die Erörterung der wirtschaftspolitischen Fragen, die sich dabei aufdrängt, wird einen breiten Raum einnehmen in der Behandlung der sonst so unerfreulichen deutschen Verhältnisse vor Bismarcks Zeit. Dann treten sie eine Zeitlang in den Hintergrund bei der Besprechung der deutschen Einigung, um nach deren Vollendung mit um so grösserem Nachdruck wieder aufgenommen zu werden. Wenn es früher noch nicht geschehen ist, wird jetzt noch einmal ein Rückblick auf die wirtschaftsgeographische Struktur Deutschlands unternommen. Der Schüler stellt selbständig fest, dass die Erwerbsmöglichkeit, die sich aus der Natur des Landes ergibt, der Grund für die grössere oder geringere Bevölkerungsdichte ist. Auf welcher Fläche erwirbt ein Bauer sein Brot, auf welcher ein Fabrikarbeiter? In welchen Gegenden Deutschlands sind grössere, in welchen kleinere Bauerngüter erforderlich, um eine Familie zu nähren? Welche Gestalt muss der Ackerbau in einer fruchtbaren, um eine Grosstadt gelegenen Gegend annehmen? Auf was für Boden und bei welcher Behandlung desselben ist Gartenbau möglich? Welche Form des Landbaues bringt die dichteste Bevölkerung hervor? Auf einer physikalischen Karte werden nach der Anzahl der Städte und der Eisenbahnlينien die Gegenden festgestellt, wo in Deutschland die meisten Menschen wohnen. Auf derselben Karte werden die Industriebezirke, die fruchtbaren, mittelfruchtbaren und unfruchtbaren Teile unseres Vaterlandes gezeigt. Dann wird die Karte des Dierke-Gäblerschen Atlas zu Hilfe genommen; an ihren Einzeichnungen werden die Zahlen der Bevölkerungsdichte und die Beschäftigung der Bewohner festgestellt und eingepägt. Wieviel Menschen in den Industriebezirken, um Magdeburg, auf der Tucheler Heide auf einem qkm wohnen, das muss der Schüler genau wissen. Diese Fragen können auch vorteilhaft in einem Aufsatz behandelt werden, dessen Thema etwa lautet: Der Einfluss der Bodenbeschaffenheit auf die Beschäftigung des Menschen. Das Thema: „Die Erwerbsquellen meiner Heimatprovinz“ kann den Schüler zum Schauen und Denken veranlassen. Wenn er so ein Bild hat, wie sich das wirtschaftliche Leben auf das deutsche Land verteilt, wird die Frage nach dem Zusammenhang zwischen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen aufgerollt. Dazu wird in einer Repetitionsstunde auf die athenische Geschichte zurückgegriffen, die ein lehrreiches Beispiel für dieses Problem bietet. Den Ausgangspunkt der Betrachtung bildet die Solonische Verfassung: Die Benennung der einzelnen Klassen, in die das Volk geteilt wurde, weist auf überwiegend landwirtschaftliche Beschäftigung hin. Die Verfassung ist aristokratisch, die politischen Rechte sind nach dem Vermögen abgestuft. — Im Laufe der Zeit vollzieht sich eine Umbildung des wirtschaftlichen Lebens. Die See zieht die Bevölkerung an, und die Kärglichkeit und geringe Ausdehnung des Ackerbodens drängt zur Schifffahrt. Es entsteht ein blühender Handel, dessen lohnendem Gewinn gegenüber der landwirtschaftliche Erwerb dürftig erscheint. (Es wird hierbei an den Aufschwung unserer Industrie und die Abwanderung der Landbevölkerung erinnert.) Das niedere Volk von Athen leistet die Hauptarbeit bei diesem Aufschwung und wird ein wichtiger Faktor im wirtschaftlichen Leben. Das gibt ihm Selbstbewusstsein, und dieses hat politische Machtansprüche zur Folge. Indem diesen nachgegeben wird, vollzieht sich die Umbildung zur Demokratie (Kleisthenes). Die Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet zum Handelsstaat und auf politischem zur Volksherrschaft überwindet den letzten Widerstand der Gegner um

die Zeit der Perserkriege. Aristides und Themistokles sind in diesem Endkampf der konservativ-ritterlichen und der demokratischen Partei die führenden Persönlichkeiten. Mit den Persern erliegt jene. Die Volksherrschaft setzt sich durch. Die auf des Themistokles Betreiben hin erbaute Flotte ist die Hauptwaffe des niederen Volkes, das die Bemannung der Kriegsschiffe bildet. — Die hohe Entwicklung von Handel und Industrie führt auf der einen Seite zur Bildung von gewaltigen Vermögen. Den wenigen Reichen steht die Masse des mittellosen Proletariats gegenüber, das durch keine soziale Gesetzgebung gegen die aus seinem Wesen entspringenden Gefahren geschützt ist. Das Anwachsen grossen Reichtums in den Händen weniger und die Entstehung eines besitzlosen Proletariats ist eine typische Erscheinung in Zeiten grossen wirtschaftlichen Aufschwungs. Im Denken der athenischen Bevölkerung war es nur ein kleiner Schritt von der absoluten Gleichheit der politischen Rechte zum Anspruch auf die Gleichheit des Besitzes, d. h. zum Kommunismus. (Auch in der französischen Revolution führt die Herrschaft der Masse zu solchen Forderungen, und die wirtschaftlichen Ziele unserer Sozialdemokratie liegen in ähnlicher Richtung.) — Die athenische Geschichte zeigt also eine Entwicklung vom aristokratischen Agrarstaat zum demokratischen Handels- und Industriestaat, die schliesslich mit kommunistischen Bestrebungen endigt.

Nun wird durch einige Fragen die Parallele mit unsern Verhältnissen hergestellt: Welche Partei vertritt in unserm politischen Leben aristokratische Tendenzen? In welchen Gegenden und an welcher Bevölkerung haben die Konservativen ihren Hauptrückhalt? In welchem Parlament bilden sie die stärkste Partei? Welche Parteien haben ihre Kraft im deutschen Bürgertum? — Welche politische Färbung zeigt die Masse der industriellen Bevölkerung? Worin haben ihre politischen Ansprüche ihre Ursache? Was haben sie für wirtschaftliche Ziele? — Die Sache kann auch an einem historischen Längsschnitt gezeigt werden: Es wird auf den konservativen Agrarstaat am Anfang des vorigen Jahrhunderts hingewiesen. Dann drängt das Bürgertum in den Vordergrund, dessen wirtschaftliche Kraft politische Ansprüche zur Folge hat. Der Aufschwung der Industrie bringt die Entstehung eines grossen Proletariats mit sich, welches die staatliche Gewalt und allen Besitz in die Hand bekommen und seinen Interessen dienstbar machen will. Wir sehen also auch hier, dass konservativ-aristokratisch-agrarische Verhältnisse einerseits und liberal-demokratisch-industrielle Bestrebungen andererseits zusammenfallen.

In jedem Staatswesen gibt es Elemente, die sich im Angriff, und andere, die sich in der Verteidigung befinden. In unserer Zeit ist es besonders das Proletariat, das vorwärts drängt. Es findet seine rücksichtsloseste und erfolgreichste Vertretung in der sozialdemokratischen Partei.

Es ist schon bei Gelegenheit der griechischen Revolution über die Gefahren gesprochen worden, die sich aus dem Wesen des Proletariats für den Einzelnen und für die Gesamtheit ergeben. Diese Frage wird noch einmal an einem praktischen Beispiel erläutert: Ein Arbeiter erkrankt, verunglückt, oder es versagen ihm infolge hohen Alters die Kräfte. Der Schüler empfindet aus blosser Mitleid, dass einem solchen, ohne sein Verschulden in Not gekommenen Mann geholfen werden muss. Er erkennt aber auch, dass das Unglück eines Genossen bei der ganzen Volksklasse, der er angehört, Furcht vor gleichem Schicksal, Unzufriedenheit und Gärung, sowie Hass gegen die Besitzenden hervorrufen muss. Wessen Pflicht ist es nun, die Keime des sozialen Unfriedens durch Befriedigung gerechter Ansprüche zu ersticken? Der Schüler sieht als die Quelle der sozialen Gesetzgebung das rein menschliche Mitleid und die staatliche Notwendigkeit. Diese erkennt er besonders in der Arbeiterschutzgesetzgebung: Der Staat kann es nicht dulden, dass junge Mütter infolge von Ueberarbeitung kranke Kinder gebären und dass der Nachwuchs verkümmert, weil er in jugendlichem Alter gesundheitsschädliche Arbeit verrichten muss. Das angeführte Beispiel weist ihn auf den Inhalt der einzelnen Gesetze hin; es werden ihm die Namen genannt, und er wird mit den Einrichtungen bekannt gemacht. Wenn dies geschehen ist, wird etwa folgende Frage beantwortet: Welches ist der Grundgedanke der Alters- und Invalidenversicherung? —

Der Staat zwingt 1) den Arbeiter, wenn es ihm gut geht, zu sparen, 2) den Arbeitgeber mitzusteuern, um den Mann vor unverschuldeter Not zu schützen, der ihm seine Kräfte widmet und an seinem Wohlstande mitarbeitet. — Kennen Sie soziale Massregeln des Altertums? Die Getreidespenden zu Rom. Des Reformationszeitalters? Die unglaublich weit ausgedehnte Wohltätigkeit. Wodurch unterscheiden sich beide von unserer sozialen Gesetzgebung? Dort wurde die Not durch Schenkungen gemildert, hier wird der Einzelne zur Selbsthilfe gezwungen. — Wie wirkten die römischen Getreidespenden? Sie steigerten das Uebel, indem sie die Faulheit des nichtsnutzigen Proletariats vermehrten. Die Folge der Wohltätigkeit des 16. Jahrhunderts war eine ungeheure Ausbreitung des Bettels und allgemeine Arbeitsscheu der unteren Klassen. Wie wirken überhaupt Schenkungen? Sie kränken oft das Ehrgefühl und reizen zur Faulheit und Heuchelei.

Das Ergebnis dieser Gegenüberstellung ist die Erkenntnis, dass unsere soziale Gesetzgebung einen wahrhaften Fortschritt in der Geschichte bedeutet. Zugleich wird dem Schüler wieder die sittliche Bedeutung des Staates vor Augen geführt, der es für seine Pflicht hält, Schäden, die eine wichtige Volksklasse treffen können, zu verhüten. Dass er dabei auch die Arbeitgeber zu grossen Leistungen heranzieht, zeigt ihn über den Parteien stehend.

Die Opfer, die der einzelne Arbeiter zu bringen gezwungen ist, würden als Ersparnisse nicht ausreichen, um ihm über die etwa durch Krankheit entstehende Not hinwegzuhelfen. Eine wirksame Hilfe hat das Reich dadurch geschaffen, dass es grosse Organisationen der Gleichgestellten eingerichtet hat.

Damit ist die Betrachtung bei einer der wichtigsten Erscheinungen in unsern wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen angekommen: der Organisation. Sie schafft durch die Zusammenfassung der kleinen Kräfte Grosses. Auf ihr beruht das grosse Werk unserer sozialen Gesetzgebung. Sie ist aber auch die erfolgreichste Angriffswaffe der Sozialdemokratie. Und sie macht dem Unternehmertum die Abwehr möglich. — Auch für diese Frage ist die Anschauung alles, ein praktischer Fall am lehrreichsten: Ein Fabrikherr beschäftigt 1000 Arbeiter. Einer kommt und fordert Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit für sich. Welchen Erfolg wird er haben, und was kann ihm passieren? Nun aber kommen zehn im Auftrage ihrer sämtlichen Kameraden und fordern dasselbe. Inwiefern hat sich die Lage jetzt geändert? Warum kann der Arbeiter jetzt mit Nachdruck fordern? — Was gibt es heute für dauernde Organisationen? Die sozialdemokratischen, die Hirsch-Dunckerschen und die christlichen Gewerkschaften. Welche Organisationen leisten ihren Angehörigen am meisten? Die Summen, mit denen die Gewerkschaften wirtschaften, und die grossen Streikunterstützungen geben Antwort auf diese Frage. — Nun wird das angeführte Beispiel weiter ausgeführt: Der Arbeitgeber schlägt die an ihm gestellten Forderungen ab. Wie suchen die Arbeiter ihren Willen durchzusetzen? Sie stellen die Arbeit ein, sie streiken. Woher bekommen sie die Mittel, um ihr Leben zu fristen? — Welche Folgen hat der Streik für den Fabrikherrn? Er verliert seine Einnahme und vor allem die Kundschaft, von der sein Geschäft abhängt, wie die Saat von dem Ackerboden, denn die Konkurrenz drängt sich in die entstandene Lücke. Wenn der Streik aufhört, kann die Arbeit sehr oft nicht in vollem Umfang aufgenommen werden, da neue Absatzmöglichkeiten erst allmählich geschaffen werden können.

Gegen den Streik suchen sich die Arbeitgeber ebenfalls durch Zusammenschluss zu schützen. Was leistet diese Organisation dem vom Ausstand betroffenen? Sie unterstützt ihn wohl mit Geldmitteln. Vor allem aber kommt sie ihm mit der Aussperrung zu Hilfe, d. h. alle Unternehmer desselben Faches entlassen ihre Arbeiter, um die Leistungsfähigkeit der Streikkassen durch erhöhte Ausgaben zu schwächen und die Arbeiter durch den allgemeinen Notstand gefügiger zu machen. Der Schüler sieht, dass es sich auch hier um Machtfragen handelt, welche durch die Grösse der Kampfmittel entschieden werden. Er bekommt auch durch ein gut gewähltes Beispiel, (etwa die grossen Lohnkämpfe im Baugewerbe), eine Vorstellung, welche verheerenden Folgen ein solcher Kriegszustand für die Allgemeinheit haben muss. Wenn ihm gesagt wird, dass in dem Bauarbeiterstreik die Einigung durch staatliche

Vermittlung zu Stande gekommen ist, dann erkennt er wieder die ausgleichende Tätigkeit des über den Parteien stehenden Staates.

Andere wirtschaftliche Organisationen sind die Syndikate, Ringe, Truste. Der Schüler weiss, dass für die Preisbildung die Konkurrenz von grosser Bedeutung ist. Diese durch Zusammenschluss aller Produktionsgenossen und Festsetzung des Preises auszuschalten, ist die Aufgabe der genannten Organisationen. Der Gedanke ist dem Schüler noch geläufig von der Besprechung des mittelalterlichen Zunftwesens her. Jeder hat von den grossen amerikanischen Fleisch-, Stahl- und Petroleumtrusten gehört. Ein Beispiel aus deren gewalt-samer Preispolitik wirkt besonders lehrreich. Auch die Bemühungen des früheren Präsidenten Roosevelt gegen diese Gesellschaften sind bekannt. Im Anschluss daran wird gefragt, welche Gefahren für die Volkswirtschaft es mit sich bringt, wenn die Produzenten den Preis in souveräner Weise bestimmen können? Gibt es auch in Deutschland Syndikate? Bei dieser Gelegenheit kann erwähnt werden, dass die preussische Regierung den Plan gehabt hat, die Hiberniawerke zu kaufen, um bei der Preisbestimmung der Kohlen mitwirken zu können. Indessen muss auch auf die segensreiche Wirkung der Ringbildung hingewiesen werden. Durch sie werden Unternehmungen möglich, bei denen die Gefahr für den Einzelnen zu gross ist oder die so grosse Anlagekapitalien erfordern, dass sie nur von Genossenschaften aufgebracht werden können. Hier sind die grossen Schifffahrtsgesellschaften zu nennen, deren hohe Bedeutung vom Staate durch die Subventionen anerkannt wird. — Die Aufzählung einer Reihe von Berufsorganisationen, besonders solcher, die im Kampfe mit einander liegen, wie die Ärztevereine und die Krankenkassen, stärkt die im Schüler hervorgerufene Erkenntnis, dass die Genossenschaft das wichtigste und das erfolgreichste Mittel im Kampf ums Dasein ist.

Der Übergang Bismarcks vom Freihandel zum Schutzzollsystem gibt Gelegenheit, die direkten Einwirkungen der staatlichen Gewalt auf das Wirtschaftsleben noch einmal zu betrachten. Die einzelnen, aus dem vorhergegangenen bekannten Fälle staatlichen Eingreifens werden zusammengefasst und begründet: Es handelt sich dabei um Folgendes: 1. Der Schutzzoll. Durch ihn schafft der Staat einer aufstrebenden Industrie die Möglichkeit zu erstarken und bietet (z. B. in den Agrarzöllen) einem bedrängten Wirtschaftszweig Schutz. 2. Die Wertumsatzsteuer; mit ihr kommt der Staat dem Mittelstand gegen die Grossbetriebe zu Hilfe. 3. Die sozialen Gesetze, welche die arbeitenden Klassen gegen Not und Ausbeutung durch die Unternehmer schützen. — Auf wessen Kosten geht die aus den Agrarzöllen entstehende Verteuerung der Lebensmittel? Mit welchen Empfindungen zahlen die Warenhausbesitzer die Wertumsatzsteuer? Wer zahlt die Hälfte der lediglich dem Arbeiter zugute kommenden Versicherungssummen? — Hieraus ersieht der Schüler wiederum die ausgleichende Tätigkeit des Staates, sowie die Notwendigkeit, dass zu Zeiten ein Teil der Staatsbürger im Interesse des Ganzen für einen andern Opfer bringen muss.

Dieser massvollen Beeinflussung des wirtschaftlichen Lebens werden die beiden extremen Anschauungen, der Staatssozialismus und das Manchestertum gegenübergestellt.

Im alten Sparta war der ganze Grundbesitz, das einzige Produktionsmittel, Staatseigentum. Welches sind heute die wichtigsten Produktionsmittel? Die Sozialdemokratie strebt also nach der Verstaatlichung des Grund und Bodens, der Fabriken, der Bergwerke. Welche wichtige öffentliche Einrichtung ist heute schon Staatseigentum? (Die Gelegenheit kann benutzt werden, um zu sagen, dass der Wert der Eisenbahnen die preussischen Staatsschulden aufwiegt). — Um die Leistungsfähigkeit des Staatssozialismus zu beleuchten, kann man darauf hinweisen, dass die wirtschaftliche Entwicklung Spartas neben der durch das freie Spiel der Kräfte entstandenen athenischen sich kümmerlich ausnimmt. Oder ein Beispiel aus unsrer Zeit: Wie gross ist das Kruppsche Vermögen? (180 Millionen Mark.) Wieviel Arbeiter beschäftigt das Werk? (gegen 70 000). Würden diese Arbeiter als Aktionäre ein Unternehmen zur selben Blüte gebracht haben, wie Friedrich und Alfred Krupp? Die soziale Bedeutung des Kruppschen Werkes erläutert die Frage: Was wäre die Folge, wenn jene Fabriken ihren Betrieb einstellten? Es gilt, die Schüler mit dem Gedanken

vertraut zu machen, dass die Unternehmer nicht, wie die Sozialdemokratie will, die Arbeiter ausbeuten, sondern, dass diese ihr Brot bei jenen finden. Wenn der Schüler weiss, dass ein Industriewerk Zehntausenden den Lebensunterhalt gewährt, wird er neidlos hören, dass das Gehalt des Leiters sich auch auf die Zehntausende beläuft. Nur in einem grossartigen Wirtschaftsleben sind solche Abnormitäten möglich. Im Harz kann kein Montblanc stehen. Solche Erkenntnisse fördern, heisst Philistergeist bekämpfen. — Aus den ganzen Besprechungen muss der Schüler die Erkenntnis schöpfen, dass der staatliche Kommunismus zwar eine grössere Menge behaglicher Existenzen hervorbringen, dass er auf Höhen und Tiefen ausgleichend wirken, dass er aber wahrhaft Grosses nicht aufkommen lassen würde.

Das Gegenteil des Staatssozialismus ist der unbeschränkte wirtschaftliche Individualismus, der jegliches Recht des Staates, auf die oben angegebene Weise das freie Spiel der Kräfte zu beschränken, bestreitet. Er bekämpft die Belastung, welche die Versicherungsgesetze dem Unternehmertum aufliegen. Er will seine Arbeitskräfte nur nach Massgabe der Billigkeit ohne jede andere Rücksicht, sei sie sozialer oder nationaler Art, suchen. Er verwirft die Schutzzölle, weil durch sie die Preise künstlich bestimmt werden, und jede Steuer, die den Besitz einseitig belastet (Umsatzsteuer, Wertzuwachssteuer u. s. w.)

Neben den liberalen und wirtschaftlichen Bestrebungen steht seit dem Beginn des vorigen Jahrhunderts der nationale Gedanke als wichtigster Faktor des politischen Lebens.

Die Aufgabe besteht nicht nur darin, den Schüler mit dem nationalen Empfinden jener Zeit bekannt zu machen, sondern es soll auch in ihm selbst nationales Gefühl geweckt und gestärkt werden. Es ist eine Art Gesinnungsunterricht, und dieser ist bekanntlich eine sehr schwierige Sache, weil es sich dabei um feine Werte handelt, bei deren Behandlung sehr viel erreicht, aber auch sehr viel verdorben werden kann. Gerade hier liegt die Gefahr vor, dass das, was lebendiges Gefühl sein soll, zur abgegriffenen Redensart wird. — Der kleine Knabe bringt aus der Familie eine vaterländische Gesinnung mit, die auf dem naiven Kinderglauben beruht, und diese wird auf der Schule weiter gepflegt. Nun kommt aber die Zeit der geistigen Pubertät — sie fällt mit der religiösen Krise zusammen — in der viele in der Ueberwindung dieser Anschauungen einen Beweis männlicher Kraft sehen. Die Folge ist bei vielen ein ganz extremer Radikalismus, aus dem mancher niemals wieder zurückkommt, und gerade bei den stärksten Naturen ist die Gefahr am grössten. Hier gilt es vorzubeugen, gilt es, an Stelle des schwindenden Kinderglaubens männliche Überzeugungen zu pflanzen. Das beste an einer wahren nationalen Gesinnung ist ein Gemütsinhalt, aber dieser muss mit Erkenntnissen des Verstandes in Einklang gebracht und durch diese gestützt werden. — Von vornherein muss der Gedanke, dass politische Einheit die Grundlage nationaler Kraft und nationalen Glückes ist, zum Wertmesser für das historische Geschehen gemacht werden. Der Schüler muss Ereignisse und Wendungen der deutschen Geschichte mit Stimmungen begleiten, die sich aus jenem Werturteil ergeben. Es gilt vor allem, durch die Darstellung deutscher Schmach im Schüler das Gefühl der Scham zu wecken, denn diese wirkt meist besser zur Bildung von Gesinnungen als Freude und Befriedigung. Dass sich im Dreissigjährigen Krieg Schweden und Franzosen, Kroaten und Wallonen auf den Trümmern Deutschlands die Hand reichten, dass auf den Feldern Russlands deutsche Jünglinge ihren Eltern zum Schmerz, ohne Nutzen für ihr Vaterland, im Dienst einer fremden Sache, in Elend und Jammer verkamen, dass im grossen Befreiungskampf halb Deutschland gegen die deutsche Sache focht, das sind einige von vielen Tatsachen, die man einfach auf den Schüler wirken lassen kann, und sein Sinn wird sich unwillkürlich in die Zeit von 1870 flüchten, und er wird überlegen, ob solche Dinge auch heute noch möglich sind, und der Gedanke an unser Reich mit seiner Wehrmacht wird sich mit einem Glücksgefühl verbinden. Der Lehrer muss es verstehen, das persönliche Ehr- und Glücksgefühl zum nationalen zu erweitern. — Das Verhältnis von Nation und Staat wird an den deutschen und italienischen Einheitsbestrebungen gezeigt. Es wird dabei notwendig sein, auf die Tatsache hinzuweisen, dass die Nationen in der Geschichte der Menschheit dieselbe Bedeutung haben, wie die

positiven Religionen im religiösen Leben und dass die Kulturleistungen der Menschheit durch die Nationen zustande gekommen sind. Das ist besonders nötig bei Schülern, die das Lessingsche Menschentum kennen gelernt haben und zum Kosmopolitismus neigen. Eine scharfe Definition des Begriffs der Nation ist auch hier nicht nötig. Man kann wohl sagen, dass die Gemeinschaft der Geschichte und Sprache, eine gewisse körperliche und geistige Eigenart und das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit Merkmale einer Nationalität sind. Aus guten Charakterbildern grosser Männer sieht der Schüler am besten, was deutsch ist. Gestalten der Dichtung, wie Götz, Egmont u. a. leisten denselben Dienst. — Die Zeit der Aufklärung bietet Gelegenheit, deutsches Wesen im Gegensatz zu französischem zu zeigen. Der Rationalismus ist das Ergebnis einer einseitigen Verstandeskultur, der *esprit* sein glänzendstes Produkt. Beide sind etwas Französisches, denn das französische Geistesleben hat in jener Richtung seinen Höhepunkt erreicht und in Voltaire seinen bezeichnendsten Vertreter gefunden. Für die deutsche Entwicklung war der Rationalismus nur der Uebergang zu Grösserem. Auf Lessing folgte Goethe. Für uns Deutsche ist der Gedanke an Voltaire und den grossen König in ihrem Verhältnis zu einander doch mit einem Gefühl des Unbehagens verbunden. Es ist uns im Grunde unsympathisch, wie diese beiden grossen, gleichgestimmten Geister jederzeit bereit sind, dem Genossen einen eleganten Hieb zu versetzen, wie sie eifrig nach ihren Schwächen spähen und eigentlich stets in Fechterstellung gegen einander stehen. Das alles ist französisch. Man vergleiche damit das Verhältnis Wilhelms I. und Bismarcks: Das ist deutsch. Können wir uns denken, dass hier der eine über den andern jemals gespottet hätte? — Derselbe Gegensatz zwischen Deutschtum und Franzosentum lässt sich auch aus der Art, wie beide Völker ihre Reformation gestaltet haben, begründen. Hier Calvin, der unerbittliche Logiker, dort Luther, der aus den unergründlichen Tiefen seines Gemütes schöpft. — Das sind Fragen, deren Verständnis schon eine recht hohe Geistesbildung voraussetzt, und der Lehrer wird nur mit dem Bewusstsein daran gehen, dass er sich mit einem Teilerfolg, und oft mit einem ganz kleinen, begnügen muss.

Die Tatsache, dass die nationale Einheit die sicherste Grundlage des Staates ist, kann durch das Schicksal Österreichs erläutert werden, für das die Nationalitätenfrage die Lebensfrage bildet. Aus dem Völkergemisch Österreichs und dem deutschen Charakter Preussens wird dessen höheres Recht in dem Entscheidungskampf um die Vorherrschaft begründet. Dass auch der deutschen Reichsregierung fremdes Volkstum an den verschiedenen Grenzen viel Sorge bereitet, ist dem Schüler bekannt.

Die ganze Behandlung dieser Dinge ist so zu gestalten, dass der Schüler durchaus nicht den Eindruck bekommt, als wolle der Lehrer ihm kraft seiner Autorität seine Anschauungen übertragen. Die Überzeugungen des Schülers müssen ihm vielmehr als Ergebnisse eigenen Denkens erscheinen, sie müssen allmählich erwachsen, wie die Frucht am Baume.

Ich glaube, dass der Schüler, der auf diese Weise mit den Fragen unsrer Zeit bekannt gemacht worden ist, die Neigung mit ins Leben nimmt, die Dinge des staatlichen Lebens nach ihrer positiven Bedeutung zu betrachten, und dass er nicht in der landläufigen Kritik- und Nörgelsucht einen Ausfluss hoher Weisheit sieht. Er hat sich genug Urteilsfähigkeit erworben, um Einflüssen, die seine staatlich-nationale Gesinnung erschüttern wollen, nicht widerstandslos zu erliegen.



